

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . Kř 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Abschließung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

3. Jahrgang.

Donnerstag, 18. Oktober 1923.

Nr. 243.

## Masaryk in Paris.

Der Präsident Masaryk hat den seit lange gehegten Plan, einen offiziellen Besuch in Paris zu machen, nun ausgeführt. Es steht außer Zweifel, daß dem Besuch politische Motive zugrundeliegen, doch welcher Art sie sind, darüber die Bevölkerung zu unterrichten, hat man nicht für nötig erachtet. Auch die Mitglieder der beiden Kammern und sogar jene der beiden Außenaußenstände dürfen sich über den Zweck dieser Reise der weitgehenden Uninformiertheit rühmen. Es liegt durchaus in den Methoden des Außenministers Dr. Beneš, der wohl der eigentliche Manager dieser Reise ist, daß die Mitglieder der Außenaußenstände über die wahren Beweggründe von Masaryks Besuch in der französischen Hauptstadt nicht den leisesten Schimmer einer Ahnung haben. Noch weniger — wenn dies möglich ist — weiß davon etwas die Bevölkerung, obwohl es doch schließlich um ihr Geschick gehen kann. So ist denn die Bevölkerung auf das wenig erprobteste Geschäft des Mutmaßens und Rätzeltragens angewiesen, das nicht gerade geeignet ist, Verwirrungen und Gerüchte aller Art zum Vorschein zu bringen. Auch das Lament der tschechischen Zeitungen und die zurechtgeführten Berichte des offiziellen Pressbüros, sowie die Empfangsreden und unausweichlichen Trinkprüche sind nicht geeignet, Klarheit zu verbreiten. Daß dem Präsidenten in Paris ein förmlicher Empfang zu teil wurde, das bietet nichts Erstaunliches und ist höchstens geeignet, der Großmannshuft gewisser nationalistischer Kreise zu schmeicheln, und daß sich gerade im gegenwärtigen Moment das offizielle Frankreich Poincarés über den Besuch Masaryks freut, ist auch erklärlich. Neugierlich ist also nichts besonderes geschehen, und was ihr Geheimnis geblieben oder doch vorbereitet wird, darüber traut die Bevölkerung vollständig im Dunkeln. Von wirklicher Demokratie ist dieser Zustand meilenweit entfernt.

Die Berichte des offiziellen Pressbüros schwebeln in der Darstellung der Festlichkeiten, die dem Präsidenten zu Ehren jetzt in Paris veranstaltet werden und die Reden sind voll des Ruhmens über die schönen Worte von Kultur, Gerechtigkeit, Humanität und Freiheit, die in den Trinkprüchen gesprochen werden. Die Völker haben indessen nicht vergessen, daß schöne Worte von Staatsoberhäuptern noch zu allen Zeiten gesprochen, ohne daß dadurch das Weltgeschehen sonderlich beeinflusst worden wäre. Die Monarchensystemkämpfer jetzigen Abendens boten dafür des Beharrlichen genug, als daß die Erfahrung für die richtige Einschätzung von Festreden fehlen würde. Ob nun der österreichische oder der deutsche Kaiser oder der russische Zar sprach, immer floß ihr Mund von Versicherungen der Friedensliebe über, aber selbst wenn die Worte aufrichtig gemeint gewesen wären, so erwiesen sich die kapitalistischen Expansionsbestrebungen in allen Staaten, die den Imperialismus schufen, doch stärker als der noch so ehrliche Wille des Einzelnen, möchte er auf noch so hoher Stelle stehen. Es ist seither nicht anders geworden, das Schicksal der Menschen und Völker wird nicht durch Festreden bestimmt, es ist nach wie vor von den Kräfte und Mächten des Kapitalismus abhängig, und niemand wird behaupten, daß es seit dem Kriege friedfertiger und weniger raubgierig geworden ist. Die Welt ist vielmehr seither nur in um so größerer Unruhe, ihr Frieden, ihre Ruhe und Sicherheit drohen auch jetzt trotz aller mehr und minder wohlgemeinten Trinkprüche jeden Augenblick in Flammen aufzugehen. Präsident Masaryk wird gewiß in gutem Glauben sein, daß er mit seiner Reise und seinen Worten der Sache des Friedens dient, aber wenn man seine Gastgeber und ihre Befehle kennt, wird man schließlich seine Erwartungen nicht teilen können.

Das Auffälligste an dem Pariser Besuch des Präsidenten ist der hierfür gewählte Zeitpunkt. Man wird kaum mit der Annahme fehlergehen, daß dieser Zeitpunkt von dem für diese

## Der Ausnahmezustand gegen die Arbeiterchaft.

Was in Bayern erlaubt, wird in Sachsen und Thüringen verboten. — Freiheiten des tschechischen Wehrkreiskommandanten. — Der Parteivorstand fordert die schnellste Aufhebung des Belagerungszustandes.

Berlin, 17. Oktober. (Eigenbericht.) Die innerpolitischen Zustände in Deutschland werden von Tag zu Tag unhaltbarer. Auf der einen Seite können unter der Diktatur des Herrn von Kahr republikanische Organisationen und die tschechischen Hiltlerbanden ungehindert ihr Unwesen treiben; dagegen sind sozialdemokratische und republikanische Abwehrverbände verboten und die linksstehende Presse wird drangsaliert. In Bayern werden die Befehle des Reichswehrministers nicht ausgeführt, ohne daß die Reichsregierung den Mut ansetzt, dagegen etwas zu unternehmen; um so schärfer geht sie gegen die sozialistische Regierung in Sachsen vor. Der in Dresden stationierte Reichswehrgeneral hat nicht nur auf Grund des Ausnahmezustandes die proletarischen Aktionsausgänge und Hundertschossen verboten, sondern er hat e'herdem die kommunale und Landbevölkerung dem Militär unterstellt und seinem Benehmen dadurch die Krone aufgesetzt, daß er dem sächs. Ministerium einen Exprezident überreichte, in dem es am Schlusse heißt: „Ich bitte Sie bei allen meinen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung angenommen. Ich bitte, daß mir bis zum 18. Oktober, 11 Uhr vormittags, unabweisend von der sächsischen Regierung eine Erklärung darüber abgegeben wird, ob das gesamte Ministerium sich mit der Rede Böttchers im Wortlaut oder im Geiste einverstanden erklärt, oder ob es gewillt ist, entgegen den Ausführungen Böttchers nach meinen Weisungen zu handeln. Für den letzteren Fall muß ich fordern, daß die Regierung den Wortlaut ihrer Erklärung veröffentlicht und daß sie mir mit-

teilt, welche Maßnahmen sie treffen will, um eine Wiederholung solcher Entgleisungen zu verhindern. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich heute mit der innerpolitischen Lage beschäftigt und einstimmig den Beschluß gefaßt, die schnelle Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes zu fordern und im Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wiederherzustellen. Die Erfüllung dieser Forderungen ist notwendig, um den militärischen Befehlshabern die Möglichkeit zu nehmen, in die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten einzugreifen. Nach der Wiederherstellung gerechter sozialistischer Verhältnisse wird sich auch zeigen, ob Bayern noch gewillt ist, die Oberhoheit des Reiches anzuerkennen.

### Zweiterlei Maß.

Berlin, 17. Oktober. Zu der amtlichen Mitteilung, daß gegenüber den Verhältnissen in Sachsen die Reichsregierung unter allen Umständen Sorge tragen werde, daß die Durchführung verfassungsmäßiger Zustände gewährleistet wird, sagt der „Vorwärts“ in keinem Epigramm: „Sachsen und Bayern“: „Ich will München auf der Grundlage zu verständigen, daß Bayern tut dar, was ihm beliebt, und gegen Dresden zugleich so vorzugehen, als wollte man es auf den schärfsten Konflikt ankommen lassen — das geht nicht! Geheißt das, dann wird man sich nicht wundern, wenn in Millionen Gehirnen der Gedanke aufsteigt, daß mit zweierlei Maß gemessen wird und daß eine Arbeiterregierung, nur weil sie eine Arbeiterregierung ist, als Nebenbrot in die Gede gestochen wird.“

Reise verantwortlichen Außenminister Dr. Beneš mit Vorbedacht gewählt wurde. Es war offensichtlich der Wunsch der tschechoslowakischen Außenpolitik, daß dieser demonstrative Besuch jetzt in dem Augenblicke gemacht wird, da Deutschland den Ruhrkrieg verloren hat und befielt am Boden liegt. Man wird wohl noch sagen dürfen, daß in dieser Lausche offene Parteinahme für das siegreiche imperialistische Frankreich zum Ausdruck kommt, daß darnach nicht mehr von einer Neutralität der tschechoslowakischen Außenpolitik in diesem Streit gesprochen werden kann, und daß man in Deutschland diese Handlung gewiß mit kaum mehr gemischten Gefühlen aufnehmen wird. Wohl ist es wahr, daß es gegenwärtig wenig ausmacht, ob das deutsche Volk tschechoslowakische Gefühle gegenüber der Tschechoslowakei hegt oder nicht, aber die Politik einzig und allein auf den französischen Militarismus und auf das gegenwärtige Kräfteverhältnis in Europa einzustellen, bedeutet doch einen argen Grad von Kurzsichtigkeit.

Wenn auch das, was in Paris hinter den Kulissen vorgeht, den Blicken der Bevölkerung entzogen wird, so ist doch das Wenigste, das in den Zeitungen zum Ausdruck kommt, nicht ohne Bedeutung. Es gibt von dem, was geheim bleibt, immerhin einen kleinen Beschnitten. Darunter sind nicht die gegenseitigen Anhemmelungen gemeint, auch nicht der Umstand, daß der Präsident Frankreich als den „Befreier der kleinen Nationen“ feierte; nebenbei bemerkt ist es eine arge Verkennung der geschichtlichen Wahrheit, daß es Clemenceau bei der Neugestaltung der europäischen Landkarte um „Befreiung geknechteter Nationen“ ging, vielmehr wollte er nur Oesterreich zerstückeln, die Türkei aus Europa hinauswerfen und Deutschland schwächen, um den Einfluß Frankreichs in Europa zu verstärken. Zu glauben, daß Frankreichs herrschende Klasse bei der Abfassung der Friedensverträge von ethischen Beweggründen, wie Gerechtigkeitsgefühl, Humanität und Nächstenliebe geleitet war, setzt eine zu große Menge von Naivität voraus, als daß dieser Glaube weitere Verbreitung finden könnte. Was aber nicht unbeachtet bleiben darf,

das ist die Versicherung Masaryks, daß „die Friedens-, insbesondere die Wiedergutmachungsbedingen christlich (!) erfüllt werden sollen“, und daß Frankreich „in guten wie in bösen Tagen“ auf die Tschechoslowakei „rechnen“ könne. Hier muß gesagt werden, daß damit keineswegs dem Willen der ganzen Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik Ausdruck gegeben wurde. Die deutsche Arbeiterchaft wenigstens verspürt keine Neigung, für Frankreichs Bedrücknisse, die sich aus seinen imperialistischen Gelüsten ergeben können, ihre Haut zu Markte zu tragen.

An dem Empfang Masaryks sollen, wie das „Pravo Lidu“ wiederholt freudig versichert, auch die französischen Sozialisten teilgenommen haben. Ihre Teilnahme galt, was zu verstehen ist, dem Soziologen und Humanisten Masaryk und hat gewiß mit den Absichten der eigentlichen Festarrangeure nicht das mindeste zu tun. Es ist daher ein unerlaubtes Ansehen, zu behaupten, diese Beteiligung zur Verehrung der wahren Beweggründe von Masaryks Reise zu betonen. Masaryk ist nicht als Privatperson, sondern als Repräsentant der tschechoslowakischen Außenpolitik nach Paris gekommen. Wenn er selbst von der Bewunderung von der französischen Literatur und Kunst sprach, welche das Band zwischen dem tschechischen und französischen Volke darstelle, so darf er verstanden sein, daß diese Bewunderung von den Gebildeten aller Nationen geteilt wird, nicht zuletzt von jenen der deutschen Nation. Masaryks Verehrung für französische Literatur, Kunst und Philosophie hat aber mit dem eigentlichen Zweck seiner Reise nichts zu tun. Er ist nicht bei dem Frankreich der Anatol France, Barbisse, Rilke und Robin zu Gast, sondern bei dem Frankreich der Poincaré, Foch und Millerand. Alle Stimmungsmacherei der offiziellen Berichterstattung wird nicht verdecken können, daß zu mindestens die nichttschechischen Nationen dieses Staates, die sich alles eher als „befreit“ ansehen, hier in Frankreich gegenüber von anderen Empfindungen befeelt sind, als sie bei den Pariser Festlichkeiten wahrzunehmen sind.

## Die Sozialversicherung.

Kritik der Regierungsvorlage auf dem Verbandstage der tschechischen Krankenkassen.

Die Regierungsvorlage betreffend die Versicherung der Arbeitnehmer für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters, die bekanntlich am 28. Juni, also kurz vor dem wirklichen Schluß der Parlamentskammer im Abgeordnetenhaus eingebracht wurde, hat entgegen der ursprünglichen, von Sachleuten ausgearbeiteten Vorlage, eine ganze Reihe grundlegender Veränderungen ausgemittelt, die die tschechische sozialdemokratische Partei zu bedenken nicht in der Lage war. Diefem Umstand war die plötzliche Abreise des geistlichen Urhebers der ursprünglichen Vorlage Dr. Leo Winter mit zuzuschreiben. Die Presse der tschechischen Sozialdemokraten hat sich auch gar nicht bemüht, diese Tatsache irgendwie zu verdecken. Sie hat in der ersten Auswattung ihrem berechtigten Zorn über das Vorgehen aller Koalitionsparteien, einschließlich der Nationalsozialisten, unerschrocken Ausdruck verliehen. Zuerst haben sich die Gemüter ein wenig beruhigt, ohne daß behauptet werden könnte, daß sich die Situation im günstigen Sinne geändert hätte. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß auch das Bemühen der tschechischen Sozialdemokraten nach Einberufung des sozialpolitischen Ausschusses in der parlamentarischen Zeit gescheitert ist. Der Vorstand, der nun ins Treffen geführt wird, daß die Einberufung des sozialpolitischen Ausschusses deshalb unterbleiben sei, weil einerseits der Motivenbericht, andererseits die Regierungsvorlagen noch nicht fertiggestellt sind, ist nicht stichhaltig. Das erhellt schon aus dem Umstand, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses einer von unserer Seite gemachten Anregung, den sozialpolitischen Ausschuß als permanent zu erklären, mit dem Einwand begegnet ist, daß die Permanenzklärung nicht notwendig sei, da die Session nicht geschlossen werde und demnach der Einberufung des sozialpolitischen Ausschusses, zu welcher Zeit immer, nichts im Wege stehe. Es hat auch ursprünglich die Absicht bestanden, den sozialpolitischen Ausschuß bereits im August zusammenzutreten zu lassen, und sodann einen Spezialausschuß einzusetzen, dessen Arbeiten bis zum Monate Oktober fertiggestellt sein sollten.

Die Absicht, den sozialpolitischen Ausschuß zur Beratung der Vorlage einzuberufen, ist also in einem Zeitpunkt zutage getreten, in welchem lediglich der nachgeordnete Vorgehen und vom Motivenbericht auch nicht eine Zeile fertiggestellt war. Der Mangel eines Motivenberichtes und die Nichtvollständigkeit der Vorlage sind überaus schwere Gebrechen, und es ist außer Zweifel, daß ein derartiger Vorgang in einem anderen Parlament der Welt wohl kaum denkbar ist. Bei uns ist dieser Mangel keineswegs eine spezifische Erscheinung, die zum ersten Male festzustellen wäre, unsere Parlamentarier waren vielmehr schon des öfteren bemüht, entgegen in Beratung ziehen zu müssen, deren Ausstattung eine ganze Reihe von Mängeln aufgewiesen hat.

So sehr die tschechische sozialdemokratische Partei ihrem Unmut über das Vorgehen der Koalitionsparteien ursprünglich offen Ausdruck verliehen hat, so laut und vernünftig ihre Presse unmittelbar nach Einbringung der Vorlage die Maßnahmen der Bürgerlichen bekämpft und die Bürgerlichen als Feinde jeder Sozialversicherung hingestellt hat, so hat sie sich jetzt scheinbar wieder auf den Kampf innerhalb der parlamentarischen Koalition zurückgezogen. Er muß daher von jedem Freunde der Sozialversicherung wärmstens begrüßt werden, daß der Zentralverband der tschechischen Krankenkassen für den 15. und 16. Oktober d. i. Verbandstag einberufen hat, dessen vornehmste Aufgabe darin besteht, zur Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Der Wille des Verbandstages wird durch die Resolution, die zu diesem Punkte gefaßt wurde und die ein Produkt langwieriger Arbeit ist, in Sachlichkeit abgefaßter Beratungen zu sein scheint, und die vielfach der Kritik nicht standhalten würde, nicht recht angebracht. Man mußte den Verhandlungen des Verbandstages beiwohnen, um sich eine Vorstellung davon machen zu können, welche Empörung in den Kreisen der Kassemitglieder über die Regierungsvorlage herrscht. Trotz aller Reserve, die sich nicht nur die Vertreter der Koalitionsparteien, sondern insbesondere die Angehörigen der Kommunisten auferlegt haben, hat fast jeder Redner in der Debatte klar und unverfälscht zum Ausdruck gebracht, daß die Vorlage in ihrer ganzen Aufmachung antisozialistisch ist und den grundlegenden Forderungen, die in bezug auf die Gestaltung der Sozialversicherung von der sozialdemokratischen Partei seit



Jahrzehnten erhoben werden, nicht zu entsprechen vermag.

Allgemein wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Auffassung des Gedankens der Einheitslichkeit in der Krankenversicherung ein Verbrechen an der Mitgliedschaft, daß die Verschlechterung eine systematische Vererbung der Mitgliedschaft bedeutet. Fast alle Redner haben der Vereinheitlichung der Sozialversicherung das Wort geredet. Sie alle haben der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterchaft und die Mitgliedschaft der Versicherungsanstalt überhaupt nur auf den Moment wartet, um ihrer Entschlossenheit, ihrem unversäumlten Willen nach einer bei wiederholten Tagungen der Arbeiterchaft aufgestellten Grundrissen entsprechenden Sozialversicherung Ausdruck zu verleihen. Ja, es hat ein Redner in der Debatte unter lauter Zustimmung des Verbandstages erklärt, daß, wenn der Forderung nach Vereinheitlichung, nach der Einheitsklasse und uneingeschränkter Selbstverwaltung nicht entsprochen werden sollte, die sozialistischen Minister aus diesem Vorhaben der Koalitionsparteien die Konsequenzen abzuleiten und aus der Regierung auszuschließen haben.

Der Verbandstag hat also seine Pflicht vollumfänglich erfüllt. Er hat allen maßgebenden Faktoren der Sachlage erbracht, daß die Frage der Sozialversicherung in den breiten Volksmassen verankert ist. Ebenso wurde den Herrschenden mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Versämlten keineswegs gewillt sind, eine Sozialversicherung anzunehmen, die den grundsätzlichen Wünschen und Forderungen der Arbeiterchaft nicht entspricht. Die Sozialversicherung der Versicherten, das war das Lösungswort, das der Verbandstag geprägt hat und das er allen, die dazu berufen sind, an der Sozialversicherung werktätig mitzuarbeiten, auf den Weg gegeben hat.

### Der Verbandstag der tschechischen Krankenkassen.

Am 15. und 16. Oktober hat im „Korobni dum“ in den Weinbergen der diesjährige Verbandstag der Zentralverbände der tschechischen Krankenkassen stattgefunden. Das lebhafteste Interesse, das sich der „Steilungnahme zur Sozialversicherung“ zuwandte, ist angesichts der gegenwärtigen Situation mehr als erklärlich. Für den Reichsverband deutscher Krankenkassen waren bei den Beratungen die Genossen Abg. Hadenberg, Schäfer und Laub anwesend. Zur Begrüßung des Verbandstages meldete sich der Minister für soziale Fürsorge, Hagemann zum Worte, der mitteilte, daß ein eingehender Zwischenbericht zur Sozialversicherung in wenigen Tagen fertiggestellt sein werde und den Parlamentariern unterbreitet werden würde. Der sozialpolitische Ausschuß wird gleichzeitig mit dem Parlaamente einberufen werden. Der Minister vertritt unversämlt die Auffassung, daß die Vorlage im heurigen Jahre nicht nur durchberaten, sondern auch Gesetzgestalt erlangen werde. Als nächster Redner sprach Abg. Lauer, der die Unterstützung des Antrages für die Einheitslichkeit der Krankenversicherung versprach. Er ist überzeugt davon, daß in den grundsätzlichen Fragen eine Meinungsverschiedenheit nicht vorliegt und daß es den Freunden der Sozialversicherung gelingen wird, die Angriffe der Gegner erfolgreich abzuwehren.

Zum Gelehe betreffend die Versicherung der Angehörigen für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters referieren Mazal, Direktor der Bezirkskrankenkasse Olmütz und Abgeordneter Johannes. Mazal hat es für selbstverständlich gehalten, daß der Aufbau der Sozialversicherung auf der einheitlichen Krankenkasse in jedem politischen Bezirk erfolgt. Der Redner besprach die Vorteile der Uniformierung, die ganz bedeutende Vereinfachung der Verwaltung durch Schaffung landwirtschaftlicher Krankenkassen und pflichtete in überaus warmen Worten für die uneingeschränkte Selbstverwaltung der Krankenkassen. Johannes beschäftigte sich mit

## Generalangriff gegen das sozialistische Sachien.

### Zeigner und Böttcher rechnen im Landtag mit der kapitalistischen und militaristischen Reaktion ab.

Dresden, 17. Oktober. Im Verlaufe der heutigen Landtagssitzung erklärte zunächst Finanzminister Böttcher, daß er vergebens versucht habe, die Hälfte des sächsischen Waldbestandes zu verkaufen, um Höfe für die Armen zu schaffen. Auch hätten die Banken jede Unterstützung verweigert und die Aufnahme einer Anleihe oder die Gewährung eines zinsfreien Darlehens abgelehnt. Jedoch hätten ihm die Arbeiterhöfe 2000 Tonnen Getreide zur Verfügung gestellt. Mit Rußland werde ein Auslieferungsvertrag von Getreide und Industrieerzeugnissen abgeschlossen werden.

Zu dem Konflikt mit dem Wehrkreiskommandanten General Müller erklärte Böttcher, daß er nur der Mehrheit des Landtages verantwortlich sei, daß er auf die Reichsverfassung eingeworfen habe und daß er sich nur gegenüber der Reichsverfassung für verantwortlich halte, nicht aber gegenüber dem General Müller. Er sehe in dem Vorgehen Müllers einen eklatanten Bruch der Verfassung. Sein Schreiben sei die Ausübung der Meinungsfreiheit, die durch die Reichsverfassung geschützt sei. Die sächsische Regierung stehe nun vor ernstlichen Entscheidungen. Es gebe eine Grenze. Vielleicht könne man den Sturm nicht mehr aufhalten. Man möge mit der Geduld der Arbeiterchaft nicht länger spielen, sonst würde sie gezwungen sein, den Kampf aufzunehmen. Wenn das Signal komme, werde die Arbeiterchaft in geschlossenen Reihen aufmarschieren.

Ministerpräsident Dr. Zeigner erinnerte daran, daß Bayern ganz unerwartet den Ausnahmezustand verhängt habe, dem dann das Reich folgte mit der ausdrücklichen Erklärung, daß der Ausnahmezustand sich gegen Bayern richte. Dann aber habe sich gezeigt, daß bayerisches Landrecht Reichsrecht breche. Man brauche nur den Fall Löffow anzusehen, der sich nach völlig untergeordnetem Gang Bayern sei ein Heerlager. Die Steuersabotage werde dort organisiert. Aus zuverlässiger Quelle habe er erfahren, daß der bayerische Befehlde in Berlin eine Note seiner Regierung überreicht hat, die daran erinnere, daß sie bereits vor einem Monat, die Aufmerksamkeit der Reichsregierung darauf gelenkt habe, daß ein Betriebsratskongreß in Dresden stattfinden solle. Der Kongreß habe unter dem Schutze der sächsischen Regierung stattgefunden. Es sei ein feindlicher Akt gegen Bayern, wenn ein in Bayern verbotener Betriebsratskongreß

einem historischen Rückblick auf den dreißigjährigen Kampf, den die Arbeiterchaft im alten Oesterreich zur Erringung der Sozialversicherung geführt hat, auch er hält die Unterlassung der Uniformierung der Sozialversicherung für einen schweren Fehler, der sich insbesondere an unserer Finanzwirtschaft bitter rächen wird, und dies der allgemeinen Devise „Sparen“ entgegen stehe. Redner beschäftigte sich noch mit dem Standpunkt der Industriellen zur Frage der Sozialversicherung und stellte fest, daß die sozialistischen Parteien einen Wechsel der Regierung in Händen haben, den einzulösen, diese Regierung verpflichtet ist.

In der nach einer Debatte zur Annahme gelangten Resolution drückt der Verbandstag seine Unzufriedenheit darüber aus, daß die Sozialversicherung nicht allgemein uniformiert wird, und daß die künftige Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung, nicht mit der gegenwärtigen Unfall- und Pensionsversicherung vereinigt wird. Die Resolution beharrt aus volkswirtschaftlichen Gründen auf der Einführung der einheitlichen Versicherungsanstalten. Der Ver-

bandstag fordert also, daß die Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung ausschließlich durch die einheitliche Bezirksversicherungsanstalt durchgeführt wird; diese Forderung ist sowohl im Interesse der Versicherten als auch der Arbeitgeber gelegen und durch die verhältnismäßig geringe Bevölkerung der Tschechoslowakei begründet; die künftigen Versicherten haben ein Interesse daran, daß die Sozialversicherung administrativ so einfach als nur möglich verwaltet wird, finanziell möglichst billig ist und die größtmöglichen Leistungen bietet. Der Verbandstag spricht sich weiter entschieden gegen den gar nicht angemessenen Einfluß der Staatsverwaltung auf die Zentralsozialversicherungsanstalt als auch gegen das Bestreben der Regierung, daß einzelne wichtige Fragen ungelöst bleiben und auf besondere Gesetze verwiesen werden soll. Insbesondere protestierte er gegen die Beschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und fordert, daß die Beamten im Interesse der Erhaltung des freundschaftlichen Verhältnisses im Einvernehmen mit den Vorständen der Krankenversicherungsanstalten ernannt werden sollen.

Diese Erklärung wurde mit größter Spannung aufgenommen und von der Linken lebhaft affamiert. Wahrscheinlich wird morgen schon die Entscheidung fallen. Man rechnet in politischen Kreisen Dresdens mit einem gewaltsamen Eingreifen des Militärbefehlshabers.

Der Landtag lehnte heute mit 48 gegen 45 Stimmen, den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Zeigner ab.

Dresden, 17. Oktober. den Blättern zufolge ist heute der sozialdemokratische Abgeordnete Meyer zum Zivilkommissar für Sachsen ernannt worden.

## Nieder mit der Militärdiktatur!

### Es steht schlecht um einen Staat, bei dem die Führung beim Militär liegt!

Berlin, 17. Oktober. Die Blätter berichten ausführlich über die gestrige Sitzung des sächsischen Landtages, in der die Regierungserklärung erörtert wurde. Ministerpräsident Zeigner sagte: Unter Cuno sei nur eine Politik des Geldsackes geführt worden und Stresemann befinde sich jetzt in einem erbitterten Kampfe gegen diese Kreise. Gegenüber Bayern müsse endlich energisch vorgegangen werden; die illegalen Organisationen und die Gefahr für das Reich. Wir wissen, daß Berlin von diesen Organisationen umstellt ist und weil wir das wissen und verstanden haben, wird die Presse genebelt. Ueberflüssig sei das Verbot der Aktionsausschüsse und Hundertschaften. Wir haben offen erklärt, daß wir in diesen Hundertschaften keine Gefahr erkennen. Die Gefahr aus Bayern sei viel größer. Heute teilt mir der Wehrkreiskommandant mit, daß er alle Polizeiorgane seinem Kommando unterstellt habe. Schlecht ist es um den Staat bestellt, bei dem die Führung beim Militär liegt. Jeder Republikaner muß mit mir einstimmen in den Ruf: „Nieder mit der Militärdiktatur!“ Die Versprechungen, die in der Verfassung stehen, müssen endlich verwirklicht werden: nicht gegen uns, sondern mit uns gegen den Besitz.

### Vertrauen zu Zeigner.

Dresden, 16. Oktober. Bei der Ansprache über die Regierungserklärung sprachen die drei bürgerlichen Parteien der Regierung ihr Mißtrauen aus, während die Sozialdemokraten und Kommunisten der Regierung ihr volles Vertrauen bekundeten. Ministerpräsident Zeigner wandte sich in scharfer Weise gegen die Ausführungen der bürgerlichen Redner, indem er eine Säuberung des Parlamentes und die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangte und dagegen protestierte, daß die gesamte Polizei Sachsens dem Wehrkreiskommando unterstellt wurde.

### Zenerungslundgebungen.

In den gestrigen Abendstunden herrschte in Berlin wieder völlig Ruhe. Die Polizei hat in allen Stadtbezügen verteilte Patrouillen in den Dienst gestellt, um eventuelle Unruhen zu verhindern. Heute wird die Polizei in Alarmbereitschaft gehalten, um eine Wiederholung der gestrigen Unruhen nach Möglichkeit im Keime ersticken zu können. Bei den Kundgebungen vor dem Berliner Rathaus wurden 84 Personen verhaftet, davon 77 wegen Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsmacht und wegen Verstoßes gegen das Versammlungsverbot dem Richter vorgeführt.

In Leipzig feierten sich im Laufe des gestrigen Tages die Leuten um die Uhr herum. Sie nahmen wiederum von der Markthalle ihren Ausgang, die gegen 10 Uhr vormittags geschlossen werden mußte. Große Menschenmengen hatten sich auch auf dem Rohlplatz angesammelt, die von brennender Polizei auseinandergetrieben werden mußte. Ungefähr 25 Tumultanten wurden verhaftet.

### Devisenkaufe in Bermanenz.

Berlin, 17. Oktober. (Eigenbericht.) Nach einigen Tagen der Ruhe am Devisenmarkt ist wieder eine neue Kaufe eingetreten. Je näher die Einführung der neuen Währung heranrückt, desto schärfer flüchtet alles in Sachwerte und drückt den Markkurs herab. Der Dollar stieg heute von 4.1 auf 5.5, das Pfund von 18.5 auf 25 Milliarden, die Tschechoskone von 125 auf 164 Millionen Mark.

## Josef Seligers Anfänge.

### Ein Gedenkblatt zur dritten Wiederkehr seines Todestages.

Die Familie, der unser unvergeßlicher Josef Seliger, dessen dreißigjährigen Todestages wir heute mit schmerzvoller Wehmut gedenken, entstammt, ist prähistorisch-schlesischen Ursprunges. Jahrhundertlang mag das Bauerngeschlecht der Seliger in Groß-Stecken bei Griffenberg, hart an der schlesisch-böhmischen Grenze, nur einige Stunden Fußmarsch von Friedland entfernt, gelebt haben. Sie hatten dort vom Landwehrem ein Lebensgut, das heißt ein Stück Grund und Boden bekommen, wie dies bei deutschen Bauern in den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches der Fall war, die den steinigen Boden rodelten und aus der Wildnis erst das Ackerland schufen. Seligers Urgroßvater, der den Vornamen Balchasar trug und um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts gelebt hat, war ein angesehenener Mann, der mit großem Fleiße sein Hauswesen gemeinsam mit seiner Frau Josefa, einer geborenen Bayer aus Sächsisch-Dennersdorf („latzhöfischer Ort“, wie das Matrikelbuch erzählt) zusammenbaute. Aber unter seinem Sohne Jakob, der sich dem Trunke ergab, geriet sein Besitz in Verfall, ein Stück Feld nach dem anderen mußte verkauft werden. Endlich mußte Jakob seinen väterlichen Besitz verlassen und ging ungefähr um 1820 auf die Wanderschaft, über die böhmische Grenze, um sich dort sein Brot zu suchen. Aber auch der Verfall seines Hauses vermochte Jakob Seliger nicht zu bestimmen, sein Leben von nun ab anders zu führen. Er ist Tagelöhner geblieben und als solcher, mit seinen Kindern entzweit, gestorben. Jakob Seliger hatte,

kurz nachdem er in die Reichenberger Gegend gekommen war, sich in Schönborn auf den bewaldeten Höhen, von wo man das Reichenberger Tal überblickt, ohne jeden kirchlichen Segen mit der Tochter Maria Anna des Jahrbauern und letzten Dorfrichters dieses Ortes, Ambros Rieger, der ein Grundstück mit einem Häuschen (Nr. 21) besaß, verbunden. Aus dieser Verbindung entsprang am 15. September 1822 Seligers Vater Josef, der zeitweilen den Namen Rieger trug, da das Kind niemals legitimiert worden war. Vater Jakob blieb es gleichgültig, welchen Namen sein Sohn hatte und der Mutter war es lieber, daß der Sohn den in Schönborn hochachteten Namen des Dorfrichters führte. Aber für die Bewohner blieb Josef Rieger das Seligerkind und so blieb der Familie dieser Name, ohne daß sie ihn nach bürgerlichem Gelebe zu Rechte trug. Josef Rieger hatte zum Glück nicht die Natur des Vaters geerbt. Seit seiner Jugend war er pflichteifrig und arbeitfam. Er hat den damals noch un bebauten Boden am Rande des Schönborner Waldes buchstäblich gerodet und ein Häuschen geschaffen (Nr. 67), in das er 1854 mit seiner Mutter Anna, die Tochter des Gärtners Josef Breikler aus Johannesberg, einem Gebirgsdörfchen im Gablonzer Bezirke heimführte, nachdem er einige Jahre beim Militär gedient und es durch seine Gewissenhaftigkeit und Intelligenz zum Feldwebel gebracht hatte. Seinen kleinen Besitz hat Josef Rieger buchstäblich mit seiner schwieligen Hände Arbeit geschaffen. Er hat Tag und Nacht gearbeitet, ist zeitlich früh mit der Sonne aufgestanden, hat sein Feld bebaut und ist um sechs Uhr morgens nach Nupperdorf spinnen gegangen, weil der kaiserliche Boden der Familie nicht das gab, was sie zum Leben benötigte. Er ruhte und rastete nicht, bis es ihm gelang, ein paar Webstühle zu kaufen, auf denen er mit sei-

ner Familie schmale Vorkaufstoffe erzeugte. 1891 ist er, 69 Jahre alt, gestorben. Seligers Mutter war eine empfindsame, gefühlsvolle Frau, die trotz der Armut und Arbeit im Hause Zeit fand, Bücher und Zeitungen zu lesen, und die für die Reden und Schriften ihres Sohnes in späteren Jahren großes Interesse aufbrachte. Ihr war das Glück beschieden, den Aufstieg ihres „Zeff“, zu dem sie stets in einem innigen Verhältnis stand, mitzuerleben, sie ist 1918 hochbetagt gestorben.

In dem einsamen, am Waldrande gelegenen Hause, von dem man eine weite Aussicht genießt und in der Ferne die Türme der Stadt Reichenberg sieht, ist Josef Emilian Seliger am 17. Februar 1870 als sechstes Kind seiner Eltern geboren worden, nachdem schon drei Schwestern und zwei Brüder vorangekommen waren, eine Schwester folgte ihm noch nach. In seiner frühesten Jugend schon war Josef ein auffallend lebhaftes Kind, das sich durch seinen aufgeweckten Sinn die Liebe seiner Eltern und seiner Geschwister erwarb. Im Alter von sechs Jahren begann er die Schule in Einickel zu besuchen, später ging er in die zweiklassige Schule in Schönborn, die gerade damals gegründet worden war. Die Erwartungen, die seine Eltern an den Schulbesuch geknüpft hatten, gingen voll in Erfüllung. Seinem Lehrer, der ihm sehr wohlgesinnt war und sich seiner besonders annahm, fiel er durch seine rasche Auffassungsgabe und durch das Interesse auf, mit dem er dem Unterricht folgte. Seine Wehbegierde war im ganzen Dorfe bekannt. Im Schuljahre 1883 auf 1884 war Seliger in der Jungbunzlauer Gegend bei einer tschechischen Familie, wo er auch die tschechische Sprache besuchte und sich die Kenntnis der tschechischen Sprache aneignete. Damals war es nämlich vielfach Brauch, daß deutsche Eltern ihre Kinder ins

„tschechische“ gaben und dafür ein „Austauschkind“ der tschechischen Familie übernahmen. Dort ist es dem jungen Seliger sehr gut gegangen, er gedachte stets liebevoll seiner „böhmischen Eltern“, bei denen er nur wenig arbeiten mußte und immer satt zu essen hatte. Denn schon als Schulkind hat der spätere Führer des Proletariates hart arbeiten müssen. Zum Vater hatte, wie schon erzählt, Webstühle gekauft und die ganze Familie mußte tagaus, tagein mitarbeiten. Wenn er aus der Schule nachhause kam, konnte er nicht wie die anderen Kinder der reichen Schönborner Bauern spielen und herumtollen. Und das mag wohl in ihm, der manchmal, wenn sich für die von der Familie erzeugten Waren kein Abfall fand, nicht einmal so viel zu essen hatte, daß der Magen des Kindes befreit war, die erste Erkenntnis wachgerufen haben, daß nicht alle Menschen auf dieser Erde das gleiche Los gezogen haben, sondern daß die Welt ungerecht eingerichtet sei. Aber trotz der harten Arbeit und der wenigen freien Zeit, die das Kind hatte, ließ sich seine Wehbegierde nicht eindämmen. Oft während er gepulvert hat, ist ihm der Schuh gerissen, weil er immer während der Arbeit Bücher bei sich hatte, in denen er las. Er hat auch als Kind nie viel Gesellschaft gesucht, im Dorfe hatte er wenig Kameraden, weil des Jungen liebste Beschäftigung, wenn er nur eine Stunde freie Zeit hatte, das Lesen von Büchern war. So kam die Zeit heran, da er die Schulzeit verließ. Er hat es mit schwerem Herzen getan und war unglücklich darüber, daß es nun mit dem Lernen ein Ende hatte. Er wollte unbedingt studieren und der Lehrer — Wenzel Housel hieß der treffliche Mann — unterstülte ihn darin: ihn gelehrt das Verdienst, des Knaben Begabung frühzeitig erkannt und eingeschätzt zu haben. Er bewog ihn, Bücher zu lesen, die er dem aufstrebenden jungen Menschen lieb-



# Schulter an Schulter mit Poincaré

## Masaryk: „Die Friedensverträge sind gerecht und müssen vollständig durch erfüllt werden“.

Paris, 17. Oktober. (Havas.) Der Bericht-erstatte des „Matin“ veröffentlicht eine Unter-erredung mit dem Präsidenten Masaryk, worin der Präsident erklärte:

Der Friede, an dem wir in Uebereinstim-mung arbeiten wollten, ist keine dahineilende Konzeption, sondern hat eine feste Grund-lage in der Friedensverträgen, die gerecht sind und vollständig durch-gesetzt werden müssen. Um jeder Zweideutigkeit vorzubeugen, füge ich hinzu, daß alle Bestimmungen bezüglich der Repara-

tionen einen Teil der formalen Verpflichtungen bilden, die in keinem Fall umgangen werden dürfen.

Der „Matin“ konstatiert, daß Masaryk diese Worte mit der Autorität eines Denkers, der sich sein festes Urteil gebildet hat, und mit der Entschiedenheit eines Staatsprä-sidenten ausgesprochen hat, der weiß, wohin er sein Land führt. Frankreich wird sicher diese seltene Versicherung zu werten wissen.

# Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

## Massenentlassungen, Betriebseinstellungen und Kurzarbeit im Reiche.

Berlin, 17. Oktober. (Eigenbericht.) Die Spitzenpersönlichkeiten der freien Gewerkschaften, des Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes traten heute zu einer Tagung zusammen, die sich mit der wirtschaftlichen Lage des Reiches befaßte. Es wurde fest-gestellt, daß die Not der Massen einen uner-träglichen Grad erreicht habe. In der Textilindustrie werden nur noch 33 Prozent, in der Holzindustrie 55 Prozent als Vollarbeiter be-schäftigt; in den vergangenen zwei Wochen ha-ben die Meldungen über Massenentlas-sungen, Betriebsstilllegungen und Einschränkungen eine beän-gstigende Höhe erreicht. Die deutsche Wirtschaft gerät immer schneller in den Abgrund. Der letzte Ursprung der jetzigen Zustände ist die Währungsnotkatastrophe. Eine Besserung der Ver-hältnisse kann nur durch außerordentliche Opfer des Volkes erzielt werden.

Der Reichsarbeitsminister Braun aner-kannte den Ernst der Lage und versicherte, daß die Regierung alles tun werde, um dem Elend der Arbeiterschaft zu steuern; die Regierung würde niemals gegen die Inter-essen der Arbeiter handeln. In einer Entschließung wird die schleunige Ordnung der Währungsfrage und der Staatsfinanzen unter Heranziehung des Volkes verlangt; schnelle Rückkehr zur Goldwährung sei notwen-dig. Rückfällige finanzielle Maßnahmen seien erforderlich, zur Behebung der Lebensmit-telnot muß sofort alles Mögliche getan werden. Die Resolution lautet: An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft richten die Versammel-ten die Mahnung zur Besonnenheit, Einheit und Disziplin. Der politische, wirtschaftliche und so-ziale Generalangriff gegen die Arbeiterschaft kann erfolgreich nur angefochten werden durch ihre ge-schlossene Front. Der von den drei Spit-zenverbänden eingeleitete Aktionstausch über-nimmt die Führung dieses Abwehrkampfes.

\* \* \*

# Das Programm der Arbeiterregierung in Thüringen.

Meimar, 17. Oktober. (Wolff.) In der heute im thüringischen Landtage abgegebenen Erklärung der neuen proletarischen Staatsregierung heißt es: Der im Reiche erklärte Ausnahmezustand richtet sich gegen die werklätige Bevölkerung und besonders gegen die links gerichteten Staaten Mitteldeutschlands. Das Großkapital hat die Offensive gegen die Arbeiterschaft ergriffen, und durch das Ermächtigungsgesetz zum vorläufigen Abschluß gebracht. Die thüringische Regierung wird beim Reiche dahin wirken, daß als erster Schritt zur Besserung der Lage die wirkliche Er-fassung der Sachwerte und als weiter das Handelsmonopol nach russischem Muster eingeführt wird. Die thüringische Re-gierung wird sich ferner für die wirksame Kon-trolle der Produktion und die Auf-rechterhaltung des Achtstundentags, weiters für die Erweiterung des Rechtes der Betriebsräte, der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen einsetzen. In ihrem Bestreben fühlt sich die thüringische Be-völkerung eng verbunden. Sie stützt sich besonders auf alle Organisationen des arbeitenden Volkes und auch auf dessen Schutz- und Kampf-organisationen. In erster Linie steht die Erhaltung des Reiches und gegenüber

den Bestrebungen nach einer großkapitalistischen Diktatur die Errichtung eines Blodes für eine Arbeiterregierung in Deutschland.

# Deutschlands Vertreter bei Poincaré.

Paris, 17. Oktober. Der deutsche Geschäfts-träger Boisch wurde heute mit-tags vom Ministerpräsidenten Poincaré empfan-gen. Es wurde kein offizielles Komunique über diese Unterredung ausgegeben.

Berlin, 17. Oktober. Die „Deutsche Allge-meine Zeitung“ löst sich aus Paris berichten, daß beim Besuche, den der deutsche Geschäftsträger Boesch heute bei Poincaré macht, Boesch ein-ziemlich umfangreiches Dokument übergeben wer-den wird, welches die diplomatische Basis für weitere Verhandlungen ohne vorläufige präzise Einzelvorschläge schaffen soll. Die deutsche Regierung versuche darzutun, daß sie, was in ihren Kräften steht, zu tun bereit ist, um so bald wie möglich zu neuen Reparationsverhandlungen zu kommen. Die deutsche Finanzreform wird in diesem Schreiben eine große Rolle spielen.

Dreimal suchte der brave Mann Seligers Vater auf, um ihn zu bewegen, das Kind weiterstudie-ren zu lassen. Der Vater wäre nicht abgeneigt gewesen, dem Rat des Lehrers zu folgen. Er überlegte es sich hin und her, aber es ging nicht. Die Mittel reichten nicht aus, er konnte nur schwer für seine Familie, die aus sieben Kindern bestand, den notwendigen Lebensunterhalt erwer-ben und außerdem war es für den Mann, der sein ganzes Leben lang schwer gearbeitet hatte und dem vor Augen stand, wie sein eigener Vater das Erbe der früheren Geschlechter verwirrt hatte, selbstverständlich, daß jeder Junge, wenn er die Schule verlassen hatte, arbeiten müsse. So mußte Josef Seliger schweren Herzens, mit dem Drange nach dem Studium in der Seele, den Ver-lust eines Textilarbeiters ergreifen. Er mußte das typische Schicksal des Proletarierkinde-s teilen, dessen Begabung weit den Durchschnit der Studierenden übertraf, das aber dem Juge sei-nes Herzens nicht folgen konnte, weil das Studium in der kapitalistischen Gesellschaft ein Vorrecht der Vermittelten ist. Wieviel Dah gegen eine solche Ordnung der Dinge mußte sich im Kopfe des Klei-nen Seliger angeammelt haben, der manchen sei-ner minder begabten Altersgenossen studieren sah, während er als der Begabteste seiner Klasse das Leben eines hart arbeitenden Menschen vor sich hatte! So ist Seligers Weltanschauung nicht nur erwachsen aus dem Studium der Bücher, sondern das unerbitliche, hartherzige Leben selbst hat ihn zum entschlossenen, zähnen, kraftvollen Klassen-kämpfer geschmiedet, als der er in unserer Er-innerung fortlebt.

Nachdem der junge Seliger die Schule ver-lassen hatte, arbeitete er eine Zeit lang an dem elterlichen Webstuhl und trat später eine Stelle in Ralschendorf an, das an seinen Geburtsort grenzte und wo er am mechanischen Webstuhl

arbeitete. Des Hauses ärmliche Verhältnisse, Wanderlust und der Wunsch, fremde Länder zu sehen, ließen ihn 1887 zum Wanderer zu wer-den und er ging in das benachbarte Sachsen ar-beiten. Die erste Station war Grohschönbau, wo Seliger eine Zeit lang in Arbeit stand, die zweite Spremberg in der Niederlausitz, wo auch seine Bleibens nicht lange war. Von da an begann Seliger seine Wanderung, meist zu Fuß, durch ganz Deutschland und gelangte bis nach Schlei-wig-Holstein. Am längsten arbeitete er in Lachsen, wo er, mit einem Arbeitskollegen zu-sammenwohnend, gierig alle Eindrücke in sich aufnahm, die das fortgeschrittene Leben der Städt bot. Schon damals traf es Seliger, bald ganze Abende und Nächte bei seinen Büchern zu ver-bringen und dann wieder ein andermal im Gasthause in froher Gesellschaft lustig zu sein oder sich in das ausgelassene Barnevalstreiben zu stürzen.

Die deutsche Arbeiterschaft trug in dieser Zeit noch schwer an den Ketten des Sozialis-tengesetzes. Aber man konnte schon erkennen, daß diese brutale Fessel, mit der konservative Junker und nationalliberale Fabrikanten die deutsche Arbeiterschaft knebeln wollten, die aufsteigende Arbeiterbewegung nicht aushalten werde. Gerade dadurch wurde die Autorität der Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterschaft gestiegt und im Kampfe gegen das Sozialistengesetz, gegen die Rügen und Tadeln der Ausnahmestimmungen war ein Geschlecht erwachsen, das trotzig und hart, treu und charakterfest, zäh und unnahgiebig den Kleinkrieg gegen die bürgerliche Gesellschafts-or-dnung im allgemeinen und den Völkerver-hältnissen im besonderen führte. Am Zusammenreffen mit seinen reichem, un-arbeitenden Kollegen, deren Erkenntnis in das Wesen der kapitalistischen Ordnung, in

# Der Reparationsplan des Generals Smuts.

London, 17. Oktober. Die liberalen Blät-ter besaßen sich heute mit einem Reparationsplan des südafrikanischen Premiers Smuts. „Daily News“ sagt: Dieser Plan ist in Arbeit, seine Ein-zelheiten sind aber noch nicht festgesetzt und es scheint auch nicht, als ob dies bald geschehen wird. In der Hauptsache macht General Smuts fol-gende drei Vorschläge: 1. Festsetzung der deut-schen Reparationsschuld auf fünfzig Milliarden Goldmark. 2. Zehnjähriges völliges Moratorium; 3. „Empathische“ Ueberwachung der deutschen Finanzen nach dem Vorbild Österreichs. — Die „Westminster Gazette“ fügt hinzu, daß Smuts auch noch die Bildung eines neutralen Rheinlands vorschlägt. Der Kanzler Eire-jemann werde sich dagegen nicht sträuben, falls der Rheinstand innerhalb des Deutschen Reiches verbleibt. Sodann verlange Smuts die Einberu-fung einer internationalen Konferenz und die Anrufung des Völkerbundes, um die Frage der finanziellen Stabilisierung Deutschland zu prüfen. Es könne aber keine Rede davon sein, daß Deutschland von seinen Reparationsverpflichtun-gen befreit werde.

# Ungarns Sanierung vor der Re-parationskommission.

## Grundfällige Zustimmung zur Aufhebung der Pfandrechte.

Paris, 17. Oktober. (Havas.) In der heutigen Sitzung der Reparationskommission wurde über die ungarische Anleihe verhandelt. Der tschecho-slowakische Gesandte in Paris Dr. Duskly gab namens der Kleinen Entente eine Erklärung ab, worin er auf verschiedene Vorfälle in Ungarn hin-wies, die nach seiner Meinung die Nachbarn Un-garns verstimmen mußten. Er sagte schließlich:

„Trotz aller ersten Warnungen, die nicht im-stande sind, den Nachbarstaaten allzugroßes Ver-trauen gegenüber Ungarn einzulösen, haben die tschecho-slowakische, die rumänische und südslawi-sche Regierung am 29. September dem Völker-bundrat mitgeteilt, an die notwendigen Vorberei-tungen im Hinblick auf die finanzielle Wiederauf-richtung Ungarns heranzutreten. Der Resolutions-vorschlag, über den wir uns ausgesprochen haben, ist nur die Durchführung der Note, die wir am 29. September dem Völkerbundrat übermittlelt haben. Infolge dessen bitte ich die Kommission, diesen Re-solutionsvorschlag einstimmig anzunehmen.“

Die Reparationskommission hat nach dem Re-ferat Dr. Duskly einstimmig folgende Erklärung betreffs der ungarischen Anleihe beschlossen: „Da die Reparationskommission grundsätzlich bereit ist, über die spätere Aufhebung des Vorzugsrechtes auf gewisse Güter und Ein-nahmsquellen Ungarns zu beraten zu dem Zwecke, um unter Mithilfe des Völkerbundes die finan-zielle Rekonstruktion Ungarns zu ermöglichen, for-dert die Reparationskommission den Völker-bund auf, im Einvernehmen mit den interessier-ten Ländern zu diesem Zwecke einen Plan aus-zuarbeiten und bestimmt Poincaré, an dem Plane als Vertreter der Finanzsektion der Repara-tionskommission mit dem Sekretariat des Völker-bundes zusammenzuarbeiten, bis das Sekretariat an die vorbereitenden Studien herantritt.“

# Inland.

## „Das halsabschneiderische Experiment der Sozialversicherung!“

### Ein Wort, das dem deutschdemokra-tischen Abgeordneten Koska unvergessen bleiben soll.

„Laßt Euch nicht jede soziale For-derung erpressen!“ — rief vor einigen Tagen der deutschdemokratische Abgeordnete aus Trautmann dem Bürgertum zu. Die deutsche Bourgeoisie — und „Sozial“? Diese Verknüpfung von Begriffen reizte uns sofort zum Lachen. Und rascher als wir erwarteten, ist es uns aus be-rufenem Munde bestätigt worden, daß das deutsche Bürgertum nicht nur bar jedes sozialen Fühlens und Denkens ist, sondern vielmehr im-mer dann, wenn es auf eine Entschädigung an-kommt, seine absolut antisozialen Ab-sichten nicht zu verbergen vermag. Am Montag sprach in einer Versammlung der Deutschdemokraten in Brünn deren Abgeordneter Karl Koska über „Wirtschaft und Wirtschaftspolitk“, wobei er sich folgenden Ausdruck leistete, den wir wörtlich nach den Berichten der deut-schbürgerlichen Presse (des „Brüner Tages-boten“ und der „Bohemia“) wiedergaben. Er sagte:

„Die stellt sich diese Regierung zu den grund-legenden wirtschaftlichen Fragen. Die einen will sie lösen, wenn sie sagt: Ich verbillige die Ergä-nzung, auf der anderen Seite föhlt sie sich inhauden, das halsabschneiderische Experiment der Sozial-versicherung durchzuführen auf Kosten der ausge-prochenen Stände.“

Die „ausgesprochenen Stände“! Mit welchem Recht Herr Koska bei diesen Worten an die Fabrikanten und Großhändler, an die Grundbesitzer und Bankmagnaten, denen es besonders so handelsmännlich geht, daß ihnen die Durchführung der Sozialver-sicherung den Hals brechen würde, wäh-rend die Arbeiter nurlich ein Leben voller Bitterkeit, alles haben, lassen sie bedürfen, so daß ein Plus die tschecho-slowakische für sie in ein Schlaraffenland verwandelt würde! So sieht die „Erziehung der Massen“ aus, die das Pro-gramm der Deutschdemokraten sowie das der Deutschnationalen und der Christlichsozialen predigt! Mit der Abwürgung aller sozialis-tischen Forderungen und Erzeugnisse sollen sich die Arbeiter veröhnen. Herr Koska appelliert an das Mitleid des ausgehungerten arbeitlosen Proletariats mit der feilen, nichtarbeitenden Bourgeoisie, die völlig „ausgepreßt“, an dem „Ex-periment“ der Sozialversicherung verlustlos würde! Und dies deutschdemokratische „Brot“, die Partei des ausgesprochenen Herrn Koska, bester bereits, wie ihre „Generalsekretär“ Mejer in der-selben Versammlung feststellte, — man lache nicht — fünf „Arbeiterorganisationen“. Was verspricht der samische Herr Koska diesem Duzend „Arbeiter“ dafür, daß sie auf das „Ex-periment“ der Sozialversicherung verzichten wol-len?

Herrn Koska und der von ihm vertretenen deutschdemokratischen Freiheitspartei wird dieses halsabschneiderische Experi-ment an der Arbeiterschaft unvergessen bleiben!

Ein neues Ministerium. Während in an-deren Staaten die Zahl der Ressortministerien aus Sparmaßsregeln abgebaut wird, scheint man bei uns, wo die Zahl der Ministerien ohne-hin übermäßig hoch ist, an die Gründung eines neuen Ministeriums zu denken. In tschecho-slowakischen Blättern konnte man dieser Tage lesen, daß die Avarier mit der Umwandlung des Bodenanites in ein Ministerium überein-

den Gang der kapitalistischen Politik und in die Konwendigkeiten des proletarischen Klas-senkampfes größer und tiefer war als die der Reichensberger Textilarbeiter jener Zeit, wurde Seligers erwachendes Klassenbewußt-sein gestärkt und seine jugendliche trotzig Natur in die Bahnen des Massenkampfes gewie-sen. Noch bevor Seliger die Heimat verließ, hatte er ein Erlebnis, das auf ihn stark eingewirkt hat und das seinen Widerspruch gegen die bestehende Ordnung der Dinge weckte. Seliger war nämlich bald nach Verlassen der Schule einem nationalen Turnverein seines Heimatortes beigetreten und hatte mit seinen Turnkollegen einen gemüthlichen Abend verbracht, wobei auch dem Weine reichlich zugesprochen wurde. In gehobener Stimmung wurde nun zwischen allen Anwesenden Bruder-schaft gerungen und der junge Textilarbeiter mag sich dessen freuen haben, den wohlhabenden Bür-gerknechten, die dem Turnverein angehörten. Zu sagen zu dürfen. Aber am nächsten Tage folgte der Rechenhammer. Der besitzenden Jugend war es unerträglich, daß das Proletarierkind von Schönborn gar so launischschäftlich tat, und sie verbaßen sich die verrottlich freundschaftliche An-rede. Seliger war von diesem Verhalten der Bourgeoisiehöfchen schwer betroffen und das Be-wußtsein des Klassenkampfes, das in ihm schon angezündet war, als sich dem Wissenshungrigen die Tore zum höheren Studium verschlossen hatten, nahm schon schärfere Formen an. Im Ver-kehr mit tschecho-slowakischen Textilarbeitern in Südb., Mittel- und Norddeutschland, dem Niesen-gebirge bis zur Wasserlaute, durchlebte er den Weg von einem naiven, ziellosen Klassenbewußt-sein zum klaren Erkenntnis des Klas-senkampfes, zu der Ueberzeugung, daß nur im Kampfe des Proletariats gegen die bürger-liche Gesellschaftsordnung das Los der Arbeiter-

chaft dauernd gebessert werden könne und daß — was ihm das Wichtigste war und woran sich seine Begeisterung für die Arbeiterbewegung ent-zündete — nur durch den Massenkampf die Ar-beiterchaft in den Besitz jener Kulturgenüter, des Wissens und der Bildung gelangen könne, nach der Seliger mit all der jugendlichen Kraft und Leidenschaft, die in ihm steckte, strebte. Es war nur selbstverständlich, wenn er nach seiner An-kehr (1888) nicht mehr in nationalen Turnverei-n, sondern im Arbeitergesangsverein in Habendorf Geselligkeit suchte und fand (dort lernte er auch seine spätere Lebensgefährtin kennen). Von hier führte ihn sein Wissensdrang bald in den Arbeiterbildungsverein, einen jener Vereine, in denen viele spätere Führer der österreichischen Arbeiterschaft für ihr eigenes Le-ben und das ihrer Klasse entscheidende Anregun-gen empfangen haben. Der Besuch der Veran-staltungen des dortigen Arbeiterbildungsvereins wurde einige Zeit unterbrochen durch eine gefähr-liche Blatternkrankung, deren Spuren sich bei Seliger zeitlebens gezeigt haben und von welcher genesen, er sich erst nach und erfahrener als zuvor, mit der ganzen Hingabe, deren er fähig war, in dem Strom der sozialistischen Arbeiterbewegung stürzte.

Es ist eine Tatsache, die wir heute nicht un-beachtet lassen sollen, daß die Ausbeutungskraft der Arbeiterbewegung auf die Jugend der damaligen Zeit bedingend eine so starke war, weil die Ar-beiterschaft nach langen Jahren innerer Zerwürf-nisse sich endlich wieder in einer einheitlichen Partei, in einer einheitlichen Bewegung zusammengefunden hatte, wo sich alle diejenigen, welche für die Befreiung des Proletariats von den Fesseln des Kapitalismus eintraten, als Ge-nossen, als Brüder und Schwestern betrachten durften. Sechzehn Jahre, von 1873 bis 1889, war



stimmen. Die tschechischen Agrarier machen also für die Gründung eines solchen Ministeriums Stimmung. Sie tun dies aber nicht etwa aus Sorge um die Durchführung der Bodenreform, sondern deswegen, weil sie damit rechnen, daß sie im Kabinette angeht.

Ein Abgeordneter, der eine Kolonne Sträflinge für sich arbeiten läßt! Unserem Bodenbacher Parteiblatt wird aus Leipa folgendes gemeldet: Im Leipaer Bezirke und in der Stadt Leipa selbst gibt es eine große Zahl Arbeitsloser; vielen von ihnen ist die Arbeitslosenunterstützung bereits entzogen und immer noch kommen neue hinzu, die Zahl der Arbeitslosen zu vergrößern. Nach dem Arbeiterfürsorgegesetz haben bekanntlich die Unternehmer, welche Arbeitskräfte benötigen, die Pflicht, diese vorerst aus dem Orte, d. h. von der betreffenden Stellenvermittlung zu beziehen, widrigenfalls sie bestraft werden sollen. Der sich aber nicht um das Gesetz kümmert, ist der Abgeordnete des „Bundes der Landwirte“, Herr Franz Heller, wohnhaft in Altleipa. Er hat sich eine ganze Kolonne Sträflinge aus dem Leipaer Kreisgerichte zu seinen Arbeiten bedungen und unter Aufsicht eines Geangenenaufsichters verrichten diese für wenig Geld seinen Getreide-Drusch an der Dreschmaschine und besorgen auch andere Arbeiten. Soweit die Leipaer Meldung unseres Bodenbacher Parteiblattes. Nun hat der Abgeordnete Heller das Wort, um sich darüber zu äußern, was es mit der Sträflingsarbeit für eine Bewandnis hat, die ihm die Löhne für arbeitslose, auf den Verdienst harrende Arbeiter ersparen soll.

Eine neue Frechheit der halenkreuzlerischen Studenten. Als Antwort auf das Komunique des Akademischen Senats der Prager deutschen Universität hat deren „völkische“ Studentenschaft eine „Kundmachung“ am Schwarzen Brett angehängt, in der es unter anderem heißt:

Wir haben damit jedes Vertrauen zur Mehrheit des Akademischen Senats verloren. . . . Wir sind daher nicht gewillt mit dem Akademischen Senat weiter zu verhandeln, weisen den uns seit Jahr und Tag vorgelegten Böden einer Mitbestimmung in akademischen Angelegenheiten zurück und werden ohne den Akademischen Senat mit unserem Volke, dessen Söhne wir sind, den Kampf um die Durchsührung unserer Hochschulen rückwärtslos weiterführen.

Das deutsche Volk zittert. Die neuerliche Kampfansage der paar halenkreuzlerischen Burken und Hüfche ist ihm in die Glieder gefahren. . . . Hoffentlich weiß der Akademische Senat die Konsequenzen aus diesem Mißtrauensvotum zu ziehen und verschafft den Frechlingen, die da nicht „weiter verhandeln“, ehe baldigt Luftveränderung.

Parteiberatungen. Eine gemeinsame Sitzung des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der tschechischen Gewerkepartei stellte eine Reihe von Standesforderungen auf und verlangte unter anderem auch die Ausübung des Wahlgesetzes. Das Anwachsen der Partei, wie es sich bei den Gemeindevahlen zeigte, wurde mit Freude zur Kenntnis genommen und der Erwähnung Ausdruck gegeben, daß sich dieser Zuwachs in erhöhtem Maße bei den kommenden Wahlen in die Nationalversammlung geltend machen werde. Die Mehrzahl der Parteien der Regierungskoalition sei aus den Wahlen bedeutend geschwächt hervorgegangen, so daß die heutige Zusammensetzung des Parlamentes nicht mehr den politischen Auffassungen der Wählerchaft entspreche und es sei eine Forderung gerechter Demokratie, die Neu-

wahlen in die Nationalversammlung durchzuführen. Gegenüber den Nachrichten, daß die Gewerkepartei in die Regierungskolition einzutreten beabsichtige, konstatiert der Klub, daß die Partei über den Eintritt in die Koalition nicht verhandle, und daß sich der Standpunkt der Partei gegenüber der Regierung, solange das heutige gegen den Gewerbestand gerichtete Regierungsgesetz andauere, nicht ändern könne. — In einer Sitzung der tschechisch nationalsozialistischen Abgeordneten und Senatoren forderte Senator Klossa sofortige und radikale Abänderung der Verhältnisse in Republika, vor allem die Beseitigung des Vizegouverneurs Ehrenfeld. Ueber den Kampf gegen die Teuerung referierte Minister Franke und über die beabsichtigte Umwandlung des staatlichen Badentes in ein Ministerium Senator Pish.

Aktuelle Forderungen. Der erweiterte Exekutivsausschuß der tschechoslowakischen Volkspartei in Böhmen hielt am 15. d. in Anwesenheit des Ministers Sramel eine Sitzung ab, in welcher nach einem Referate des Zentralsekretärs Staschek eine ausführliche Debatte über das Ergebnis der Gemeindevahlen und ihre Konsequenzen abgeführt wurde. Einstimmig wurden konkrete Anträge genehmigt, welche fordern, daß dem Anwachsen der Volkspartei auch die Stellung der Partei im Kabinette und die Respektierung der Rechte des katholischen Volkes entsprechende. Ebenso einmütig wurden selbstverständlich, wie es in dem angegebene Komunique heißt, die Forderungen angenommen, daß die Verwaltungs-, wirtschaftlichen und Schulcorporationen der Bezirke und Länder nach dem Ergebnisse der Gemeindevahlen neu eingeteilt werden. Nach einem weiteren Referate wurde einstimmig die Durchführung einer Reorganisation des Bodentes beschlossen; die Hagelschlag- und Viehversicherung soll freiwillig sein, weiter sollen die Zölle nach den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen ordentlich geregelt, die Vermögens- und Wertzuwachssteuer mit Beschleunigung und ebenso auch die Umsatzsteuer von Wasserkräften novelliert werden. Einer ausführlichen Debatte wurde auch das staatliche Budget unterzogen, dessen wesentliche Herabsetzung entschieden gefordert wurde. Weiter berichtete Dr. Hanich über die Durchführung des kleinen Schulgesetzes mit Rücksicht auf den Religionsunterricht. „Das von ihm über die Praxis der Schulbehörden vorgebrachte Material erregte allgemeinen Widerspruch und Erbitterung. Das einmütige Urteil lautete dahin, daß die Praxis bei der Durchführung des kleinen Schulgesetzes den Zweck des Schulwesens beschleunige.“

### Ausland.

#### Die Lage in Polen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Am 9. Oktober ist der polnische Sejm in Warschau wieder zusammengetreten. Die Oppositionsparteien der Linken hatten seine Einberufung schon länger gefordert und diese Forderung mit der kritischen Wirtschaftslage des Landes begründet. In der Tat stehen, wie das auch in der Programmrede des Ministerpräsidenten Witos zum Ausdruck kam, wirtschaftliche Sorgen zurzeit in Polen im Vordergrund des Interesses. Nebenher geht aber der seit der Wiedererrichtung des polnischen Staates tobende Kampf zwischen der Rechten und der Linken um die Macht im Staate, und diese Situation wird nicht ruhiger dadurch, daß Polen seit dem Frühjahr, das heißt seit dem Beginn des jetzigen nationaldemokratischen Regiments, auf eine Reihe von außenpolitischen Mißerfolgen zurückblickt.

Es ist bekannt, daß der Außenminister Seyda seine Tätigkeit damit begann, die tschechischen Staaten vor den Kopf zu stoßen, der ständige Internationale Schiedsgerichtshof im Haag in zwei deutsch-polnische Streitfragen betreffend den Angelegenheiten gegen Polen entschieden hat, der polnische Kandidat bei den Wahlen zum Völkerbundrat durchgefallen ist und daß schließlich auch Rußland gegenüber Polen in dem Notenwechsel wegen der Anerkennung der russischen Verfassung schlecht abgeschrieben hat. Die von den polnischen Nationaldemokraten heiß ersehnte Annäherung an die Tschechoslowakei hat nicht die geringsten Fortschritte gemacht und als einziges Plus kann das jetzige polnische Kabinett die Annäherung an Oesterreich buchen, dessen politische Bedeutung aber nicht groß ist. In Polen selbst ist der Eindruck aller dieser Mißerfolge so stark gewesen, daß Gerüchte von dem Rücktritt des Außenministers Seyda aufgetaucht sind.

Diese außenpolitische Lage bildet jedoch nur den Hintergrund der gegenwärtigen Kämpfe in Polen. Im Vordergrund stehen die wirtschaftlichen Sorgen. Der Dollar ist in Polen seit dem Frühjahr von 40.000 bis auf über 1.000.000 gestiegen, und wenn auch die polnische Mark in ihrem Sturz hinter der deutschen Mark weit zurückgeblieben ist, sind doch die Folgeerscheinungen grundsätzlich dieselben: Sprunghaft wachsende Teuerung, Unsicherheit des gesamten wirtschaftlichen Verkehrs und allgemeine Unzufriedenheit. Diese Unzufriedenheit hat sich besonders der Lohn- und Gehaltsempfänger bemächtigt, nicht zuletzt der Beamenschaft. Der Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien ist das bekannteste Symptom dieser Unzufriedenheit. Die Regelung der Staatsfinanzen ist ebensowenig gelungen wie die Stabilisierung der Währung, und englisch-amerikanische Anleiheprojekte zu diesem Zweck sind über die Verhandlungen noch nicht hinausgekommen, drohen aber mit sehr starken wirtschaftlichen Bindungen für Polen. Diese ganze wirtschaftliche Zerrüttung ist eigentlich um so erstaunlicher, als die Voraussetzungen einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Polen durchaus gegeben sind, ja sogar die Handelsbilanz seit etwa dreiviertel Jahren aktiv ist. Also können die Ursachen der jetzigen üblen Lage nur liegen in dem Fehlen einer fähigen Leitung im Innern und dem Mangel an Vertrauen des Auslandes.

In innerpolitischer Beziehung hofft die Opposition, die regierende Koalition der Rechten und der Witospartei in der kommenden Sejmession zu stürzen. Diese Hoffnung ist nicht unbegründet, wenn auch der Sturz des Kabinettes noch nicht unmittelbar bevorzustehen scheint. Jedenfalls wirkt der von beiden Seiten mit aller Schärfe geführte Kampf auf die gesamte innere Lage in Polen sehr ungünstig ein. Es ist bezeichnend, daß man sich von rechts und von links einmütig die Absicht eines Staatsstreiches vorwirft.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Am Todestag Josef Seligers.

Heute vor drei Jahren schied er von uns. Da wir seiner am Todestag wiederum mit aller Innigkeit, in Dankbarkeit und Verehrung gedenken, bricht auch die Wunde wieder auf, die uns sein Gingen geschlagen, die Wunde, die nie verparchen will. . . .

Wenn uns ein Teurer stirbt, Vater oder Freund, oder Lehrer und Meister, faßt uns unfähiger Schmerz, dessen wir anfangs nicht Herr werden zu können glauben. Aber die Güte

der Natur löst uns auch das Traurigste, das zu tiefst Schmerzende überwinden, Fassungslosigkeit und schier unerträglich scheinendes Leid weicht ruhiger Trauer, stiller Behmut. So ist auch unsere Erschütterung beim plötzlichen Tode unseres Führers Josef Seliger nun stiller, ruhiger Leid gewichen. Doch immer wieder, so oft wir des Unvergesslichen gedenken — und heute umfassen wir seinen fortlebenden Geist mit aller unsrer Liebe — wird der Schmerz von neuem in uns wach.

Mit jedem Jahre, das sich nach Seligers Scheiden vollendet, mit der Entfernung von seinem lebendigen Wirken, wächst unsere Erkenntnis von der Bedeutung dieses in der Geschichte der deutschböhmischen Arbeiterbewegung einzigartigen Mannes. Josef Seliger, sein Werden und Wirken, sein Leben und seine Taten beginnen historische Gestalt anzunehmen, die sich aus der Flut des Geschehens, aus der niemals stille stehenden Geschichte hinaushebt als umfassendste Verkörperung der Entwicklung, der Kämpfe und Leiden, des Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse dieses Landes. Trotzdem aber und eben deswegen bleibt der große Führer, der Zeit seine Lebens unzertrennlich verbunden war mit der tiefsten Seele des deutschböhmischen Proletariats und dennoch, an der Spitze seiner Klasse, über seine Genossen hinausragte, unser Seliger, unser Zeit, ein Teil unseres Denkens und Fühlens ein Teil unseres Jäh, unser bester Teil.

Er hat nicht vergebens gelebt und er meistert, gesprochen und geschrieben: mit unvergänglichen Zeichen hat er seinen revolutionären Geist in unsere Herzen und Hirne eingegeben, unveräußerlich und unzerbrechlich ist das Erbe, das er uns hinterlassen. Und so erhebt sich am Tage seines Todes der Schmerz zur tiefstgefühlten, tausendmal ausgesprochenen Dankbarkeit, die wir den Manen unseres toten Führers Josef Seliger zollen, dessen glühender Geist in uns lebt und uns helfen wird, das große Werk zu vollenden, zu dem er unermüdetlich Stein auf Stein wälzte.

Der Sterben der „Vorkämpfer der Arbeit“. Taglich ereignen sich in den Kohlenrevieren, den Arbeitsstätten der „Vorkämpfer der Arbeit“, mehr oder minder schwere Unfälle. Überall in den dunklen Gängen des Bergwerks lauert der Tod und rafft er nicht durch sichtbare Katastrophen hunderte von Bergarbeitern auf einmal hin, so lichtet er im unerbittlich fortwährenden Kleinkrieg die Reihen der zermürbten, unterernährten Kohlenarbeiter. So werden uns am 17. d. Strau wieder zwei Unfälle gemeldet, die sich in den letzten Tagen zugetragen haben: Der auf dem Georgschachte der Ferdinands-Nordbahn in M. Ostrau bedienstete Schleppler Dominik Polacek war in einem Gesenke des fünften Horizontes mit dem Füllen von Kohlenbunten beschäftigt. Hierbei stürzte er von der zweiten Teilstrecke das Gesenke hinab und blieb sofort tot liegen. Der Verunglückte war ledig. — Auf der Hauptstrecke des Eugenschachtes der Ostrau-Karwiner Montangesellschaft in Peterswald im Davidsflöz brach der Häuer Franz Davidel plötzlich zusammen. Er wurde sofort obertags befördert, wo der Bergarzt den bereits eingetretenen Tod infolge Herzschlages konstatierte. Davidel war verheiratet. Vor dem Antritt der Arbeit soll er sich Kameraden gegenüber geäußert haben: „Das ist heute meine letzte Schicht.“ — Weiter wird uns aus Ober-Oergenthal

die österreichische Arbeiterchaft von schweren inneren Gegensätzen, von den Kämpfen zwischen den Radikalen und Gemäßigten erfüllt gewesen. Erst die brutalen Verfolgungen der österreichischen Bürokratie, Polizei und Gendarmerie, die schrankenlose Ausbeutung durch das Unternehmertum haben die beiden Richtungen wieder einander genähert, was durch Viktor Adlers fluge Taktil und durch seine bewonnene Darstellung der nächsten Ziele der Arbeiterbewegung in der von ihm seit 1886 herausgegebenen „Gleichheit“ beschleunigt wurde. Auch im Mittelpunkt der deutschböhmischen Textilindustrie, im Reichenberger Bezirke, wo schon 1844 die Plommen proletarischer Empörung hochgeschlagen hatten, wo seit dem Ende der sechziger Jahre bereits Arbeitervereine existierten, wo seit den sechziger Jahren sozialdemokratische Zeitungen erschienen, wo sich eine Zeit lang sogar der Sitz der österreichischen Parteientrale befunden hatte, war der Kampf auf heftigste geführt worden, beide Richtungen verfügten über eigene Blätter und suchten die Masse der Reichenberger Textilarbeiter auf ihre Seite zu ziehen. Aber die Arbeiter, des Kampfes geneinander müde, kamen erst in Massen, als es Viktor Adler, der selbst in Reichenberg erschien, um das Einigungswort zu fördern, gelang, auch da den Streit zunächst zu mildern. Schon 1886 fanden im Reichenberger Gebiet Einigungsverbände statt, die, wie auch anderswo, ihren Höhepunkt in den öffentlichen Versammlungen fanden, in denen die Stimmung für die Vereinigung der freitenden Brüder vorbereitet wurde und in denen es oft zu erhebenden Kundgebungen für die Einigung kam. Die Krönung des Werkes bildete der Parteitag in Gainsfeld (30. Dezember 1888 bis 1. Jänner 1889), der die Einigung tatsächlich vollzog und so zum Gründungsparlament der österreichischen Sozialdemokratie wurde. Die Delegierten lehrten frohen Mutes und mit freier

Arbeitskraft von diesem Parteitag zurück und eine Welle der Begeisterung, der Arbeitslust, der Kampfesfreude ergoß sich über die Arbeiterchaft, erfüllte insbesondere die Herzen und Hirne der jungen Arbeiter und trieb auch den jungen Textilarbeiter Josef Seliger zu neuem Studium und angespannter Tätigkeit im Arbeiterbildungsverein.

Seliger hat in dieser Zeit in verschiedenen Fabriken gearbeitet. Er hat das Los unserer ersten Vorkämpfer geteilt, die von Fabrik zu Fabrik gejagt wurden, weil die Unternehmer von den jungen begeisterten Kämpfern des Sozialismus mit Recht fürchteten, daß sie das Klassenbewußtsein der bei ihnen beschäftigten Arbeiter wecken und stärken würden. Und Seliger ließ sich in der Fabrik nicht das geringste gefallen, er gab eher seinen Arbeitsplatz auf, als daß er sich dem Diktat des Unternehmers, seine Tätigkeit im Arbeiterbildungsverein einzustellen, gebeugt hätte. So arbeitete er für hintereinander in der Tuchfabrik Salomon in Raibarnberg, bei Gählig Söhne in Ruppertsdorf, bei Jakob in Raibarnberg, inzwischen besuchte er am Abend eine Webereischule in Reichenberg, um sich beruflich fortzubilden. Im Jahre 1891 wurde er aus Arbeitsüberfluß und Parteiarbeit für einige Wochen herausgerissen, da er bei den Jägern in Reichenberg dienen mußte. Oft war er auch arbeitslos, da ihm kein Unternehmer Arbeit geben wollte, und da hat er auch eine andere Arbeit nicht gescheut, hat Wein abgezogen und noch kurz vor seiner Verheiratung 1893 in einem Wirtschaftshaus in Reichenau, das Verwandten gehörte, die Gäste bedient. Aber immer wieder hat er in dieser Zeit, von einem Verwandten, Josef Säbner bestärkt, eifrig Bücher gelesen, ist in Versammlungen gegangen und war als Funktionär im Arbeiterbildungsverein tätig. Bald nachdem die erste Weltfeier in Reichenberg 1890 in ihren Vorbereitun-

gen und Auswirkungen die Tätigkeit in den Arbeiterbildungsvereinen belebt hatte, versuchte sich Seliger, der bis dahin den Worten der Referenten in stiller Ergriffenheit gelauscht hatte, selbst als Redner. Die Kenntnisse, die er sich bis dahin angeeignet hatte, befähigten ihn bereits dazu, die anderen zu belehren und ihnen jenes Wissen, nach dem sie sich sehnten, zu vermitteln. Die Arbeiterbildungsvereine des Reichenberger Bezirkes hielten damals jede vierzehn Tage ihre Versammlungen ab, in denen die Referenten geschichtliche, naturwissenschaftliche und philosophische Vorträge hielten. Unter diesen Referenten erschien auch bald Genosse Seliger. Zum erstenmal ist er am 30. November 1890, noch nicht 21 Jahre alt, in der konstituierenden Versammlung des Allgemeinen Arbeiterbildungsvereines in Raibarnberg (bei Reichenberg) als Referent aufgetreten. Seine Vorträge waren schon damals gehaltvoll und lenkten die Aufmerksamkeit der führenden Männer der Reichenberger Arbeiterbewegung auf ihn. Er sprach viel von den alten griechischen Philosophen, von Spinoza und Kant. Seliger trug in den Versammlungen fast regelmäßig einen schwarzen Gehrock und sah eher einem Intellektuellen als einem Arbeiter ähnlich. Eine Zeit lang war Seliger bekannt und beliebt als sogenannter Begrüßungsredner. Zu gewissen Festen der Vereine wurden von den anderen Leuten und Bildungsvereinen Delegierte entsandt, welche eine Begrüßungsrede halten mußten. Durch diese Begrüßungsreden ist Seliger in Nordböhmen bald eine populäre Persönlichkeit geworden. Im Jahre 1893, mit 23 Jahren, zählte er bereits zu den Führern der Arbeiter im Reichenberger Gebiet und wurde auch bald über die Grenzen dieses Gebietes bekannt. Am 1. Mai 1893 sprach er in Gainsdorf unter freiem Himmel und verstrahlte es schon damals, die Zuhörer im innersten zu begeistern und mitzureißen. So waren die Teplitzer

Parteiengenossen, die nach einem Agitator Ausschau hielten, auf ihn aufmerksam geworden, und nachdem er im Sommer 1893 eine Proberversammlung in Kleinaugezd abgehalten hatte, überredete er Ende Oktober 1893 völlig nach Teplitz nach dem er kurz zuvor, im Juli seine Lebensgefährtin geheiratet hatte, die er in dem Arbeitergefangenen- und Bildungsverein kennen gelernt und die ihn in die ersten Versammlungen, in denen er als Redner auftrat, begleitet hatte. In Teplitz ist er dann mit kurzen Unterbrechungen Zeit seines Lebens geblieben.

Mit der Ueberfiedlung nach Teplitz begann ein neuer Abschnitt in Seligers Aufstieg. Mit doppeltem Eifer stürzte er sich in die Bewegung, vermittelte den Arbeitern das, was er gelernt hatte, und arbeitete gleichzeitig mit Feuereifer und bewunderungswürdiger Energie daran, die Lücken seiner Bildung auszufüllen. Sein Aufstieg war typisch für den Aufstieg des deutschböhmischen Arbeiters. Seliger verkörperte das Streben des deutschböhmischen Proletariats nach wirtschaftlicher und geistiger Befreiung, er sprach klar aus, was die Massen dumpf empfanden. Deswegen hat er die Achtung und Liebe der deutschböhmischen Arbeiterchaft gewonnen, so wurde jenes Verhältnis bedingungslosen Vertrauens zu ihm geschaffen, das die Proletarier Nordböhmens noch heute, drei Jahre nach seinem Tode, erfüllt. Darum ist auch heute noch nicht die Wunde geheilt, die uns ein unerbittliches Schicksal schlug, als diese von Arbeit und Idealismus, von Liebe und Treue zur proletarischen Sache erfüllte Leben verließ, als der Kopf, der drei Jahrzehnte lang für die deutschböhmische Arbeiterchaft dachte zu denken aufhörte und das Herz, das für sie so treu geschlagen, heute vor drei Jahren seinen letzten Schlag gelan. Emil Strauß.



Gemeldet: Der Schichtführer Franz Walter aus Georgenthal ist auf der Seilbahnstrecke des Seebühnenbades infolge eines Defektes infolge des Unfalls verunglückt. Die Verantwortung an diesem Unglücksfall trägt die Betriebsleitung, die die Seilbahn nicht genügend sichergestellt hat.

Die Frage der Obsthandlung bildet den Gegenstand der Beratungen der Sitzung einer Kommission der ständigen Konsumkommissionen, die am gestrigen Vormittag stattfand. In dieser Frage ist ein Gegensatz zwischen Handels- und Ernährungsministerium aufgetaucht, der darin seine Ursache hat, daß das Handelsministerium zwar Ausfuhrbewilligungen für Obst erteilt, aber daß verweigert wurde, für das im Inland verbleibende Obst den Preis zu bestimmen. Da nun das Obst bei der Ausfuhr höhere Preise erzielt, wurden die Preise natürlich auch beim Inlandsobst in die Höhe getrieben. Das Ernährungsministerium fertigt sich über das Ernährungsministerium an, um sich mit ihm zu verständigen, einfach hinweg unter dem Hinweis darauf, daß sich das Ernährungsministerium in Liquidation befindet. In zwei zur Annahme gelangenen Resolutionen wurde auch auf diesen Mißstand verwiesen. In der Debatte war hervor, daß das Ernährungsministerium für 250 Waggons Obst die Ausfuhrbewilligungen erteilt und außerdem Ausfuhrbewilligungen für unbeschränkte Mengen Obst an zwei Firmen, und zwar an eine Münchener Genossenschaft und eine Währ.-Ditraver Firma erteilt. Abg. Genosse Diehl kritisierte insbesondere das Verhältnis des Ernährungsministeriums zum Handelsministerium und verwies darauf, daß der Handelsminister Royal der seinerzeitigen Oberproklamation der Regierung Sochla entgegenstehe, wenn er die Verbilligungsfaktionen des Ernährungsministeriums ignoriert.

Die Zustände in der Strafanstalt Vory. Nach Enthüllungen der Wiener „Prova“ wüthete in der letzten Zeit in der Strafanstalt Vory eine Typhusepidemie, die aber nicht durch schmutziges Trinkwasser, sondern durch Unterernährung und ungenügende ärztliche Pflege verursacht wurde. Vory ist für Strahlende eine wahre Hölle. Der Strahlende Hoppe, der sich seit längerer Zeit unwohl fühlte, verlangte vom Anstaltsarzt Dr. Bruchta eine ärztliche Untersuchung, die ihm jedoch verweigert wurde. Als er sich beschwerte, wurde er in die Separation gesperrt. Bald darauf starb Hoppe in dieser Zelle. Ebenso erging es einem Strahlenden namens Langer, der den Arzt auf den Knien bat, ihn zu untersuchen. Er wurde von dem Arzte als Simulant bezeichnet und in die Separation gesperrt, wo er einige Tage später tot aufgefunden wurde. Auch die Strahlende Herbold und Hampf erhielten eine Separationsstrafe, als sie sich wegen der Weigerung des Arztes, sie zu untersuchen, beschwerten. Auch sie starben an Typhus in ihrer Zelle. Einige Tage darauf starb der Anstaltsdirektor Schauffler, bei welchem ebenfalls Typhus konstatiert wurde. Die Kost der Strahlenden ist überhaupt ungenügend. Anstatt in werden den Strahlenden nicht ausgefolgt: das Ministerium habe es verboten. Bei den Speisen wird kein Fett verwendet. Die Strahlende werden geohrseigt und nach Verbüßung ihrer Strafe ohne Auszahlung entlassen. Die verantwortlichen Funktionäre haben bisher alle Beschwerden an die höheren Instanzen zu verweigern gewußt. So wollten Strahlende im Juli anfänglich des Besuches des Justizministers Dolansky diesem eine Mahnwortbeschriftung überreichen, wurden jedoch unter Drohungen daran gehindert. Das Blatt teilt zum Schluß mit, daß diese Mahnwortbeschriftung den Gegenstand einer kommunikativen Interpellation im Abgeordnetenhaus bilden werde.

Verhaftung der Schuldigen am Nationaler Eisenbahnunglück. Zum Eisenbahnunfall nunmehr bei Natimau meldet das Eisenbahnministerium: Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß vor Ablauf des Tages 2114 aus Paskau ein Waggon, der eine fehlerhafte Bremse hatte, abgepreßt werden mußte. Dies wurde unter direkter Aufsicht des abfertigen Organs vorgenommen. Inzwischen hat der Telegraphist der Station Paskau eigenmächtig und im Widerspruch zu den Eisenbahnvorschriften, sowie in Abwesenheit und ohne Zustimmung des abfertigen Organs den Wechsel bei Natimau umgestellt. Hierin verständigte er nicht das abfertige Organ. Dies ist der Grund, daß die beiden Personenzüge ungefähr 1500 Meter von Natimau entfernt zusammenstießen. Bei dem Unglück wurden fünf Personen getötet und 56 Personen verletzt, hievon sechs sehr schwer. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt und 5 Personenzüge vollständig zertrümmert. Der Hauptschuldige an dem Zusammenstoß der Telegraphist aus Paskau wurde verhaftet und dem Bezirksrichter in Friedberg eingeliefert. Die weitere Untersuchung wird erheben, ob und in welchem Maße andere Eisenbahnangestellte an dem Zusammenstoß schuldig sind.

„Siner Gma'stät“ Vertreter. Der wegen Betrugs und Unterschlagung angeklagte ehemalige Vertreter des Kaisers Karl, Baron Hugo Steiner und seine Frau, sind von den französischen Behörden ausgeliefert worden und in Bern eingetroffen, wo sie dem Gerichtshof überstellt wurden.

Vom „Staate“ Hiler und seinen Gefandten. Der römische Korrespondent der „Bosnischen Zeitung“ will erforschen haben, daß der Korrespondent des „Deutsches Volkische Beobachter“, Herr Luedde, nach Rom mit einem regelrechten Beglaubigungsschreiben von Sit-

ter gekommen ist, mit dem er als „Gesandter“ bei der faschistischen Partei Italiens und somit als Gefandter des Herrn Hitler auch bei der königlichen Regierung vorgestellt wird. Herr Luedde soll alles mögliche getan haben, um vom Ministerpräsidenten empfangen zu werden. Es scheint aber höchst unwahrscheinlich, daß er hierin Glück haben wird. Gleichwohl aber stehe fest, daß er in fortgeschrittenen Beziehungen mit den einzelnen Vertretern des Faschismus ist, denen er das Programm Hitlers auseinandersetzt, wobei er auch versucht, mit Italien ein Uebereinkommen abzuschließen, um sich die Unterstützung der herrschenden Partei zu sichern bei dem von ihm als bevorstehend angekündigten „Marsch auf Berlin“. Dazu soll er Sicherheiten gegeben haben, daß die von Hitler geleitete Bewegung auf keine Weise Italiens Interessen schädigen werde, weil der bayerische Nationalismus die Grenze an Brenner als vollzogene Tatsache anerkennen würde. Diese Versicherungen des Herrn Luedde sollen jedoch die italienischen Faschisten nicht überzeugt haben.

Das größte Heberlandwerk der Welt. Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist das größte elektrische Heberlandwerk der Welt, das „Bayern-Werk“, in der gesamten Fernleitung fertiggestellt worden. Die Leitung umfaßt mit 900 Kilometern das ganze rechtsrheinische Bayern vom Waldensee-Werk bis Aschaffenburg und Hof. In einigen Wochen wird auch die Anspannungsvorrichtung vollendet sein.

Gregorianischer Kalender in Sowjetrußland. Die unter dem Patriarchen Tichon's stehende russische Kirche ging mit Zustimmung des Konstantinopeler Patriarchen vom 15. Oktober 1. N. angefangen zum neuen Gregorianischen Kalender über.

London bekommt eine Post-Untergrundbahn. Die Londoner Polizeiverwaltung hat beschlossen, auf eigene Regie eine elektrische Untergrundbahn zu bauen, die das Hauptpostamt in der City mit allen Stationen der in London mündenden großen Eisenbahnen verbinden soll. Die Bahn wird ausschließlich der Beförderung von Briefen, Paketen und Zeitungen dienen. Sie soll aus zwei parallel laufenden Tunneln von drei Meter Durchmesser und einer Länge von rund zehn Kilometer bestehen. Die Züge werden mit einer Schnelligkeit von 60 Kilometer in der Stunde fahren. Das ganze System wird elektrisch und automatisch betrieben, und die Züge halten nur an den Stationen, für die sie bestimmt sind. — Eine gleichartige Einrichtung war schon vor dem Kriege in Berlin geplant; sie ist aber infolge der Ungunst der Zeitverhältnisse nicht zur Ausführung gekommen.

Zwei Prozent des japanischen Nationalvermögens vernichtet. Die japanischen Finanzfachverständigen haben nunmehr, nachdem allerlei unkontrollierbare Angaben über die durch das Erdbeben verursachten Verluste in Umlauf gesetzt worden waren, eine sorgfältige Schätzung des eingeleiteten Nationalvermögens vorgenommen, und zwar auf Grund der ähnlichen Verluste, die bei anderen derartigen Katastrophen festgestellt wurden. Danach wird der Gesamtverlust auf 1.855.000.000 Yen geschätzt, was etwa 13 Prozent der auf dem in Mitteleuropa gelegenen Gebiet gelegenen Werte ausmacht und etwa zwei Prozent des gesamten japanischen Nationalvermögens. In den zerstörten Gebieten werden die Verluste an Gebäuden auf etwa 60 Prozent sämtlicher Vermögensgegenstände überschätzt. Die Zahlen haben die Sachverständigen überrascht, die ursprünglich sehr viel höhere Verluste annahmen.

Eine englische Kongorexpedition. Aus London wird berichtet: Binnen kurzem wird eine englische Expedition unter Führung von Mrs. Diana Strickland nach dem belgischen Kongo abgehen. An derselben werden außerdem teilnehmen ein Naturforscher, ein geübter Jäger und Major Briggs. Die Expedition will die 4000 Kilometer Entfernungen, die sie für ihre Rundreise vorgehen hat, durchreiten, besonders zu dem Zweck, um eine gewisse Anzahl seltener Tiere für große Tiergärten Amerikas und Englands zu fangen. Die Expedition ist auch von einem Kamerateographen begleitet, dessen Aufnahmen die Kosten der Unternehmung decken sollen.

Die Pulverexplosion in Warschau. Im Zusammenhang mit der Untersuchung über die Ursache der Pulverexplosion in Warschau hat die polnische Regierung bei Kommunisten in Warschau, Posen, Krakau und Lemberg Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es wurden Waffen beschlagnahmt und ihre Besitzer verhaftet.

Eine Lawpferre gestürzt. Aus Ollahoma (Nordamerika) wird vom 16. Oktober gemeldet: Nach vierstündigem Regen ist ein Staubedeck für die Wasserleitung in der Nähe von Ollahoma gestürzt. 18 Häuserviertel im Geschäftsteile der Stadt stelen unter Wasser. Tausende von Menschen sind obdachlos. In den verlassenem Geschäftsvierteln wird geplündert. Die Polizei hat Anweisung erhalten, die Plünderer zu erschließen.

Explosion vulkanischer Gase. Bei einem Galerienbau auf der Straße Bologna-Florenz ereignete sich eine Explosion von vulkanischen Gasen, wodurch zwei Personen getötet und zehn teilweise schwer verwundet worden sind.

Seinen Sohn beim Wildern erschossen. Aus Gutaring in Ärmien wird der „Ragener Zeitung“ gemeldet: Am 4. Oktober ging der Aufschützjäger Albin W. mit einem Jagdgewehr in das Revier des Herrn Dreihahn in Untertwald, das häufig von streifenden Wilderern beunruhigt wird. In der Abenddämmerung bemerkten sie einen bewaffneten Gestalt, die sich nach dem Anruf

im Gebüsch hinter einer Fichte verbarg. Der Jäger gab in der Richtung nach dem Wilderer einen Schrotschuß ab. Als die beiden Jäger zur Fichte gelangten, lagen sie hinter ihr den Wilderer, der in den Kopf getroffen, seinen Geist aufgab. Zu seinem Schrecken erkannte der Aufschützjäger in dem Sterbenden seinen zwanzigjährigen Sohn Michel, der früher ebenfalls im Dienste des Herrn Dreihahn stand, zuletzt aber Holznecht bei einer feierlichen Holzfirma war.

Mit Dum-Dum-Geschossen auf sein Opfer. Aus Klagenfurt wird berichtet: Am Mittwoch wollte der Besitzer Peter Müller wie gewöhnlich von Neblach in Oberkranten mit der Post nach Hause gehen. Auf der Straße wurde der 73 Jahre alte Mann von einem bisher noch unbekanntem Täter überfallen und einem Revolver niedergeschossen und ausgeraubt. Dem Raubmörder fiel eine Million Kronen Bargeld in die Hände. Müller war, wie die Gerichtskommission feststellte, glücklich zugerichtet, denn der Mörder verwendete Dum-Dumgeschosse, die seinem Opfer die Schädeldecke vollständig abrissen, so daß das Gehirn freilag.

Schweres Autounglück. Dieser Tage fuhr an der Kreuzung der Weihenberger Eisenbahnlinie mit der Staatsstraße Lobau-Weihenberg in Sachsen das von Rittich den Berg herabkommende Auto des Konsumvereines Lobau mit voller Wucht in den von Lobau nach Weihenberg fahrenden Zug. Das Auto wurde in den Graben geschleudert und überschlug sich. Dabei wurde der Wagenführer unter dem Wagen begraben und getötet. Die anderen drei mitfahrenden Personen kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Lokomotive und zwei Eisenbahnwagen wurden beschädigt, das Auto gänzlich zertrümmert. Die Unfallstelle liegt von sehr großer Gefahr, da die Straße durch ein Haus dem Blick entzogen ist. Besonders ungünstig wirkten bei dem Unfall noch der Wind und der Regen mit, wodurch das Leutesignal des Zuges und die Lichter schwer bemerkbar wurden.

Transport eines siebenköpfigen Hauses. In Chicago hat man kürzlich die Umgruppierung eines siebenköpfigen Hauses ausgeführt und zwar bei ununterbrochener Funktion des elektrischen Lichtes, des Telefons und der Wasserleitung, und ohne, daß die Bewohner des Hauses auch nur im geringsten in ihrer Behaglichkeit gelitten wurden. Die Verhinderung der Verbreiterung der Straße vorgenommen werden mußte, wurde mit einer Geschwindigkeit von 1,20 Zentimeter in der Stunde auf eine Ausdehnung von rund 30 Meter vorgenommen. — Dieser Transport ist nur durch die Bauart in Amerika zu erklären, bei der ganze Hausfronten durch Verwendung von Traversen auf einmal hergestellt werden.

Eine Stadt von einem Rieseneisenbrand bedroht. Aus Los Angeles wird gemeldet, daß ein großer Waldbrand die Stadt Pasadena vollständig zu vernichten droht. Die Wälder in der Umgebung dieser Stadt waren in Brand geraten. Ein heftiger Wind trieb sie auf die Stadt zu. Zahlreiche Sommerwohnungen sind verbrannt, doch gelang es immer, das Feuer zu lokalisieren. Verschiedene Erdbeben in der Umgebung haben großen Schaden erlitten. Der Brand dauert noch an, für die Stadt besteht jedoch keine Gefahr mehr.

Von 170 Lokomotiven. Die das „Pravo Lidu“ meldet, hat der Ministerrat beschlossen, bei heimischen Lokomotivfabriken 170 Lokomotiven zu bestellen, die innerhalb von 8 bis 14 Monaten geliefert werden sollen. Für die Bestellung kommen in Betracht die Vöhm.-Mähr. Maschinenfabrik Kolben, die Lokomotivwerke in Bilzen, Preitfeld, Danek u. Co. in Schlan. An die Verteilung der Bestellung für diese Firmen wird nun geschritten.

Beim Wechselreinsigen vom Zuge gerädert. Die 24jährige Witwe Marie Müller aus Bartelsdorf, die mit dem Auspugen der Wechsell beim Eisenbahn in der Nähe der Station Eisenberg beschäftigt war, wurde von einem herangeschobenen Kohlenwagen niedergestoßen und geriet unter die Räder der Kohlenwagengarnitur. Die Unglückliche war auf der Stelle tot. Sie hatte, da bei der Verladung der Lokomotive am anderen Ende angehängt war, das Hinterkommen der Waggons überdacht.

Im Kleiderschrank erhängt. Die Frau des Arbeiters J. in Kröglitz hat sich am Montag abends, als sie sich mit ihrem elfjährigen Sohne allein in der Wohnung befand, in einem Anfall von Trübsinn im Kleiderschrank erhängt. Der Sohn, der bereits zu Bett gegangen war, bemerkte die Abwesenheit seiner Mutter, fand sie dann im Kleiderschrank und schnitt rasch entschlossen die Schnur durch. Doch kam jede Hilfe bereits zu spät. Die unglückliche Frau litt in der letzten Zeit an einer Trübung ihrer Sinne.

Witwe. Richards Frau besucht zum erstenmal seinen Vater, und dieser begrüßt sie mit den Worten: „Mein Sohn hat sich mit Ihnen verlobt, aber ich denke, Sie hätten mich doch früher fragen lassen.“ „Wiß“, stammelt sie hold erwidert, „aber ich hätte doch Richard vorgezogen.“ — Der englische Ministerpräsident Baldwin ist ein vornehmer Mann. Diese Charaktereigenschaft wird durch eine Geschichte bezeugt, die englische Wälder erzählen. Es war bei seinem letzten Aufenthalte in Amerika, als er eine Strafe überschreiten wollte, auf der viele Kraftwagen schnell dahinschnitten. Er stürzte sich eilig auf die Verkehrsinsel in der Mitte der Straße, und als sein Begleiter über diese große Vorkraft lachte, sagte er ernsthaft: „Wetter eine halbe Minute auf der Insel, als eine Wogel im Grab.“ — Frau Knoder steht einem freudigen Ereignis entgegen. Während die Witwe Frau um sie beschäftigt ist, sitzt Herr Knoder in seinem Arbeitszimmer. Da erscheint die Herrin in der Tür und ruft ihm zu: „Ich gratuliere, Zwillinge sind angekommen!“ Entsetzt eilt Herr Knoder ins Nebenzimmer und ruft: „Aber, Agnes, nicht du denn alles überbrachten!“

Wetterbericht vom 17. Oktober. Am Dienstag herrschte schönes Wetter in allen Gebieten der Re-

publik. Die Temperatur blieb unternormal. In der Nacht breitete sich eine Verschlechterung des Wetters vom Westen aus. Heute früh regnete es in Böhmen. Vom Westen rückt nun ein Hochdruckgebiet gegen Mitteleuropa vor. — Wochenschriftliches Wetter von heute: Besserung.

### Prager Chronik. Das Renesse von der Prager Straßenbahn. Wieder Streckenänderungen! — Keine Verabfolgung des Fahrpreises.

Der Verwaltungsrat der Prager elektrischen Betriebe hat beschlossen, daß die Strecke Nr. 6 wieder wie früher fahre, und zwar zum Smichower Westbahnhof statt nach Vobol, wohin nur die Strecke Nr. 17 führen wird und wo während der frequentierten Stunden der Tramwayverkehr durch eingereihte Wagen von dem Nationaltheater ab bis zur Zementfabrik vermehrt werden wird. Ferner wurde beschlossen, daß in dem Klubhaus „Nationaltheater“ und „Mlynští Hlady“ in Smichow die Strecken Nr. 9 und 13 so abgeändert werden, daß die Strecke Nr. 9, welche Schlepplagen führt, über die Brücke der Legionen nach Smichow und Kost, und die Strecke Nr. 13 über die Valachbrücke in ihre Endstation fährt. — Die „N. L.“ berichten, daß der Einfluß der Kohlenpreiserhöhung auf die Ermäßigung des Preises der elektrischen Energie und der Fahrkarten nicht so bedeutend sein werde, wie die Bevölkerung erwartete. Infolge der Kohlenpreiserhöhung kann nur eine fünfprozentige Herabsetzung des Preises der elektrischen Energie gefordert werden. Bei der elektrischen Straßenbahn wurden bei einer Gesamtausgabe von 135 Millionen Kronen im Verlaufe für elektrischen Fahrstrom ungefähr 15 Millionen Kronen ausgegeben. Wenn nun der Strom für die Bahn um fünf Prozent ermäßigt wird, so bedeutet dies eine jährliche Ersparnis von 650.000 K., das ist bloß ein halbes Prozent der Gesamtausgaben. Diese unbedeutende Preisverabfolgung würde sich im Fahrpreis nicht praktisch ausdrücken lassen.

### Aus dem Polizeibericht.

Das Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege und körperliche Erziehung hat in Erfahrung gebracht, daß eine Beamtin, die sich als vom Ministerium für Gesundheitspflege geendet ausgibt, ein von diesem Ministerium angeblich ausgegebenes Verbarium um 250 K zum Kauf anbietet. Da das genannte Ministerium überhaupt kein Verbarium ausgegeben hat und daher auch niemandem zum Verkauf eines solchen Werkes ermächtigen konnte, wird das Publikum vor dieser Betrügerin gewarnt.

### Gerichtssaal. Bekämpfte Belagnahme von Habsburgergütern.

Prag, 17. Oktober. Vor dem Obersten Verwaltungsgerichtsausschuss in Prag fand heute die Verhandlung über die Bekämpfung des gegenwärtigen Erbherzogs Hubert Salvator und Josef Ferdinand gegen die Entscheidung des Innenministeriums statt, nach der die genannten Erbherzöge als Mitglieder des Hauses Habsburg erklärt wurden. Das Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Reiches diese Entscheidung am 13. Juni 1922 gefasst. Die Rechtsvertreter der gegenwärtigen Erbherzöge führten in ihrer Beschwerde an, daß Josef Ferdinand Habsburg bereits im Jahre 1919 nach den deutschösterreichischen Gesetzen aus dem gemeinsamen Herrscherhause ausgeschieden sei und sich dadurch aller Rechte begeben habe. Seine Güter wurden aber erst auf Grund der Friedensverträge, die bedeutend später in Kraft getreten sind, konfisziert. Hubert Salvator macht geltend, daß auch er bereits im Jahre 1919 aus dem Herrscherhause ausgeschieden ist, während das Ombudnen-Gebiet, in dem seine Güter liegen, erst am 31. Juli 1920 der Tschechoslowakei zugesprochen wurde.

Nach längerer Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Pantůček stattfand, wies das Oberste Verwaltungsgericht beide Beschwerden ab und führte in der Begründung aus: Für die Entscheidung ist bloß der Tag des Umstürzes maßgebend, was auch aus der Stillehrung der Friedensverträge hervorgeht, die von Beidlognahme der Güter des ehemaligen Kaiserhauses sprechen. Zum ehemaligen Kaiserhause wurde die Habsburg-Lothringische Herrscherfamilie am Tage des Umstürzes erklärt. Daher ist auch der Einwand in der Angelegenheit Hubert Salvator Habsburg, dieser sei mit seiner ganzen Familie nach dem Gesetze der österreichischen Republik im Jahre 1919 aus der gemeinsamen Herrscherfamilie ausgeschieden, nicht stichhaltig. Dieser Einwand könne vom Verwaltungsgericht nicht zugelassen werden, da er im ovidentlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden nicht vorgebracht wurde. Was die anderen Einwendungen betrifft, so hat sie das Verwaltungsgericht in Uebereinstimmung mit den Grundgesetzen abgelehnt, die im Falle einer ähnlichen Beschwerde durch den gemeinsamen Erbherzog Friedrich gehandhabt wurden. Der gemeinsame Erbherzog Friedrich hat damals erklärt, daß das Innenministerium nur dazu berechtigt ist, über das Personalstatut zu entscheiden das heißt darüber, ob eine bestimmte Person Mitglied der ehemaligen Herrscherfamilie ist. Das Innenministerium habe aber nicht das Recht, über die materiellen Folgen, die sich aus der Mitgliedschaft zu dieser Familie ergeben, eine Entscheidung zu fällen. Die Abweisung der Beschwerde im Falle des gemeinsamen Erbherzogs Josef Ferdinand erfolgte aus ähnlichen Gründen, wie bei der Beschwerde Hubert Salvator Habsburg, wobei das Verwaltungsgericht nochmals ausdrücklich erklärte, daß als entscheidender Tag, nach dem die Zugehörigkeit zur gemeinsamen Herrscherfamilie beurteilt werden kann, einzig und allein der 28. Oktober 1918 zu gelten habe.



### Kleine Chronik.

**Fingerabdrücke von Affen.** In Amerika, wo man sich stark mit der sogenannten Dactyloskopie, d. h. den Fingerabdrücken beschäftigt, hat man auch die Affen der zoologischen Gärten zu Versuchen herangezogen. Eine amerikanische Zeitschrift, die sich ausschließlich mit diesen Dingen befaßt, das „Finger Print Magazine“ in Chicago, brachte einen von einem Affen herührenden Abdruck, den man ebenso gut als einen menschenähnlichen ansehen könnte. In New York hat man einmal fünfzehn Sachverständige zusammenberufen und ihnen Fingerabdrücke von Affen mit solchen von Menschen gemischt vorgelegt. Sie konnten keine wesentlichen Unterschiede feststellen. So wäre also auf diesem Wege, wenn es noch nötig sein sollte, ein neuer Beweis für die nahe Verwandtschaft des Menschen mit dem Affen geliefert. Der Berliner Fachmann Dr. Hans Schneiders hat darauf im hiesigen Zoologischen Garten Fingerabdrücke eines Orang-Utan nehmen lassen, will dabei aber doch erhebliche Unterschiede im Gesamtbilde der Populartypen-Bilder gefunden haben.

**Rach der großen Sonnenfinsternis.** Die Nachrichten von Los Angeles, wo sich am 10. September die Astronomen der ganzen Welt zur Beobachtung der Sonnenfinsternis ein Ziel gesetzt haben, lauten sehr widersprechend. Während die einen zufriedengestellt erscheinen, erklären die anderen, daß sie wegen Nebels keine guten Lichtbilder aufnehmen konnten. Die amerikanischen Institute, die sich an der Beobachtung beteiligten, hatten sogar die Vorsicht gebraucht, sich vorher bei einer Versicherungsgesellschaft gegen das Mißlingen der Photographien einzuforschen. Die Indiana-Universität hat daraufhin bereits von der Home Insurance Company die Entschädigungssumme von 1500 Dollar ausbezahlt erhalten, eine Anzahl hatte sie eine Prämie in der Höhe von 150 Dollar. Auch das Swarthmore College erklärt, Anspruch auf Schadenersatz zu erheben, doch sieht die Summe noch nicht fest, da dies Institut auf den Grad des Mißlingens abgesehen hat und die Platten noch nicht sämtlich entwickelt sind; im ungünstigsten Falle sind 10.000 Dollar möglich. Es ist immerhin interessant, daß man sich auch gegen mißglückte Sonnenfinsternisse versichern kann, ebenso wie gegen Eisenbahnunfälle und dergleichen.

**„Nek“ und „Stoga“.** Seit 15 Jahren wird über eine deutsche Einheitssteno-graphie verhandelt, aber aus den Verhandlungen ist statt einer Einigung eine Vermehrung der vorhandenen Systeme hervorgegangen. So hat schließlich das deutsche Reichsministerium des Innern selbst die „Regierungstypographie“ (vorm. Gabelsberger), abgekürzt Nek u., ausgearbeitet, die aber von den neuen Schulen anderer Systeme in Grund und Boden kritisiert worden ist. Dies gibt Herrn A. Otto in Frankfurt a. M. Anlaß, an seine früheren Bemühungen von Einführung eines Einheitssteno-systems Stoga (Stolze-Gabelsberger) zu erinnern, dessen Vorzüge nach Ottos Angabe auf seiner maßgebendsten Grundlage beruhen. Es ist nicht abzusehen, wann man endlich auf dem Gebiete der Stenographie zu einer Einigung kommen wird.

**Die zertrümmerte Seeschlange.** Das Jungfodion war ein mächtiger waldförmiger Meerestierwähler in der Tertiarzeit der Erde und dürfte als Ahnherr der heutigen Walarten zu betrachten sein. Als in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts der Seeschlangentritt auf der Höhe stand und die Existenz der mythischen Schlange ebenso eifrig verneint, wie angefochten wurde, erdachte aus Amerika zur Freude der Seeschlangengläubigen die Kunde: Die alte ein's solchen Tieres sind gefunden, also hat es zum mindesten früher existiert. Ein Deutscher, Dr. Koch machte bekannt, er habe in den Tertiarfossilien von Alabama das gut erhaltene Skelet einer Seeschlange entdeckt, und ließ diese nun der haunenden Mittelwelt für Geld sehen. Das Tier, welches er den „Hydrarchus“, d. h. Beherrscher des Meeres nannte, hatte im ganzen ein schlangenartiges Aussehen, war sechsunddreißig Meter lang und hielt den Kopf weit aufgehoben. Der Eindruck von dieser Schlangengigantide war begründlich. Sie riefenhaft, und bald entstand eine eigene Literatur über den Hydrarchus. Nachdem Koch mit ihm schon in Amerika ein Pseudogeschäft gemacht hatte, besuchte er ihn nach Europa und verkaufte ihn schließlich in Berlin für eine noch demaligen Begriffs sehr ansehnliche Summe. Raum aber war die „Stadt der Intelligenz“ in den Besitz des kostbaren Schlangens, so nahm sie wahr, daß sie niederrichtig bedurnt worden war, denn der Koloss erwies sich als ein aus Tausenden von Knochen zusammengesetztes Phantasma. Das Wertvolle daran, Teile von: Jungfodion, wurden fortan im Museum aufbewahrt, alles übrige wanderte in eine Knochenmühle für die Seeschlangengläubigen zur das ein harter Schlag.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Die Krankenkassen in der Tschechoslowakei in der Nachkriegszeit.

Unter diesem Titel gibt der tschechoslowakische Versicherungsrat, die gemeinsame Einrichtung der Verbände der deutschen und tschechischen Krankenkassen, ein statistisches Werk heraus, das für jeden, der sich mit der Krankenversicherung im besonderen und mit Sozialpolitik im allgemeinen befaßt, ungenau wertvoll ist. Der im Monate Februar 1922 stattgefundenen Kassentag hatte den Beschluß gefaßt, der Pflege der Statistik eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und die Berauhalter des Kassentages beauftragt, die von den Krankenkassen aus Anlaß der Einladung zum Kassentag abverlangten Daten zu verarbeiten. Nach dem Kassentag wurden die eingehenden Daten überprüft und die Einsendung der Unterlagen von jenen Krankenkassen ver-

langt, von denen sie nicht eingelangt waren. Das geforderte Material liegt nunmehr vor. Die Erhebungen beziehen sich auf folgende Daten: Durchschnittlicher Mitgliederstand, Beitragseinnahmen, Krankengeld, Arztkosten, Spitalverpflegungsgeld, Anzahl der Geburten, Anzahl der Todesfälle, Anzahl der beschäftigten Angestellten, Vorschreibung und Abstattungen der Nebsteuer, Verwaltungskosten.

Das so gewonnene Material wird nicht nur ein wertvoller Behelf für Behörden und Krankenkassen, sondern auch für jene Faktoren sein, die dazu berufen sind, das große Werk der Sozialversicherung zu schaffen. Durch die Herausgabe des genannten Werkes haben sich die Krankenkassen ein Verdienst auch an dem Zustandekommen der Sozialversicherung gesichert.

**Auswanderung der Industrie.** Die Rumänurány-Salgotarjaner Eisenwerksgesellschaft hat — wie gemeldet wird — den endgültigen Beschluß gefaßt, ihre Unternehmungen in der Tschechoslowakei zu liquidieren und ganz nach Ungarn auszuwandern. Das genannte Unternehmen ist eines der größten in seiner Branche. Es hat im Jahre 1920—21 eine Produktion von 874.000 Meterzentner Eisenstein, 387.000 Meterzentner Roheisen und zweieinhalb Millionen Meterzentner Kohle ausgewiesen. In Ungarn besitzt das Unternehmen Braunkohlenlager, Hochofen, Stahl- und Walzwerke, Maschinenwerke und Eisenbahnen, auf dem Gebiete der Tschechoslowakei Eisenfeinruben, Kalkstein- und Magnetsilberbrüche, Waldbesitz, eine Siederei und ein Hochspannungswerk in Ruzsnya und Liser sowie eine Traktorbahn. Die Maschinen und alle anderen Einrichtungen werden nach Ungarn überführt. Was das für die slowakische Arbeiterschaft bedeutet, braucht nicht näher auseinandergelegt zu werden.

**Die Krankenversicherung der Hausgehilfinnen.** Das Oberste Verwaltungsgericht hat bekanntlich in zwei Fällen entschieden, daß Hausgehilfinnen der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen. Mit Rücksicht auf diese Entscheidung hat der Senat eine Resolution gefaßt, das Ministerium für soziale Fürsorge möge einen Entwurf überreichen, wornach Hausgehilfinnen der Krankenversicherung unterliegen. Das Fürsorgeministerium hat nun einen solchen Entwurf ausgearbeitet, der den § 4 des Gesetzes über die Krankenversicherung, u. w. mit rückwirkender Gültigkeit vom 1. Juni 1919 novelliert.

**Für den Abbau der Zölle.** Die eben in Genf tagende internationale Zollkonferenz hat eine Resolution beschlossen, durch die die einzelnen Staaten sich gegenseitig verpflichten, laut Art. 23 des Völkerbundes ihren Handel nicht durch willkürliche und nutzlose Zollformalitäten zu erschweren und entsprechende Maßnahmen zu ihrer Vereinfachung zu ergreifen. — Ob die europäischen Staaten diesen wohlgemeinten Ratschlag beherzigen werden, ist freilich eine andere Frage.

**Der Streik in Polnisch-Oberschlesien** ist fast gänzlich beendet. In der Mehrzahl der Betriebe und Bergwerke wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Verkehr auf den Eisenbahnen ist wieder normal. — Der Zentralausschuß der Gewerkschaften in Polen hat beschlossen, der Regierung ein Memorandum vorzulegen, in welchem die gesetzliche Garantierung von Feuerungsanlagen und Lohnbedingungen für die Arbeiter in der Industrie und für die Eisenbahnen, welche jede Woche einer Revision unterzogen werden sollen, verlangt wird. Zur Unterstutzung dieser Forderung hat der Zentralausschuß der Gewerkschaften beschlossen, einen Generalstreik in ganz Polen zu proklamieren. Der Zeitpunkt des Generalstreikes soll im Einvernehmen mit dem Klub der parlamentarischen Opposition festgesetzt werden. Die Blätter veröffentlichen die Resolution des Zentralausschusses der Gewerkschaften, in der es u. a. heißt, daß der Kampf um die Feuerungsanlagen so lange fruchtlos bleiben wird, bis die wahren Ursachen der Teuerung beseitigt sind. Der Zentralausschuß der Gewerkschaften hat daher beschlossen, gegen die gegenwärtige Regierung einen politischen Kampf aufzunehmen.

**Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England.** Der englische Arbeitsminister Sir Montague Barlow befahte sich in einer Rede mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, welche England bereits seit drei Jahren bedrückt. Redner gab zu, daß die Zahl der Arbeitslosen neuer um 80.000 geringer ist als in der gleichen Periode des Vorjahres, aber noch immer 1.251.600 betrage. Das weitere Andauern der Arbeitslosigkeit erweckt Befürchtungen. Redner setzte den Regierungsplan auseinander, nach welchem 50 Millionen Pfd. oder auch mehr dem Zwecke gewidmet werden sollen, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Von diesem Betrag werden 40 Millionen zum Straßen- und Brückenbau verwendet werden.

#### Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	Schw. Frank 18,92 50
Berlin	Mart 191.500.000 00
Wien	Herr. Kr. 2116 00

#### Prager Kurse am 17. Oktober.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1361,50	1365,50
1 Milliarde Mark	8,50	7,50
100 belg. Francs	179,25	180,75
100 schweiz. Francs	622,50	625,00
1 Pfund Sterling	155,75 00	157,25 00
100 Lire	158,25 00	156,75 00
1 Dollar	4,30 00	34,70 00
100 franz. Francs	21,90 00	21,15 00
100 Dinar	40,87 50	41,37 50
1.000 ungar. Kronen	17,87 50	16,87 50
10.000 poln. Kronen	0,38 75	0,40 25
10.000 österr. Kronen	4,62 50	5,12 50

#### Zürcher Schlusuric am 17. Oktober.

	Gold	Ware
Paris	33,90 00	33,75 00
London	25,21 00	25,26 00
Berlin	9,00 00	9,00 00
Brüssel	35,42 50	35,30 00
Mailand	218,25 00	219,00 00
Holland	0,00 78 25	0,01 75 75
Sien	0,15 00	0,08 15
Budapest	18,57 50	18,57 50
Wien	5,25 50	5,57 50
Belgrad	6,50 00	6,91 00
Warschau	0,01 00 00	0,00 00 00

### Literatur.

**Georg Ost, Geld, Bank- und Börsenwesen.** 21. Auflage 1923, G. E. Poeschl, Verlag Sigmund. Dieses vor 20 Jahren zum erstenmal erschienene Buch ist jetzt in 15. Auflage herausgekommen. Generationen von Bankbeamten haben das vorliegende Werk als Lehrbuch und Einführung in das Bankwesen benutzt, aber auch der allgemein volkswirtschaftlich Interessierte wird aus dem Buche reichen Nutzen ziehen. Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Bank- und Börsenwirtschaft, aber auch alle jene volkswirtschaftlichen Verhältnisse, die zu ihrem Verständnis notwendig sind, kann man aus dem Buche empfangen. Ebenso läßt es sich als Nachschlagewerk mit Nutzen anwenden, da ein geradezu ungeheures Material darin verarbeitet ist. Dabei kann man nicht sagen, daß es für irgend eine bestimmte Richtung in der Nationalökonomie Partei nimmt. Es ist — was an einem so hochkapitalistischen Werk verwunderlich ist — die Kritik, die an Marx geübt wird, ist nicht scharf, wenn auch etwas oberflächlich. Der erste Teil behandelt das Geldwesen und die so zumeist Währungsfrage. Aber auch die logenmutter Geldkurve, die Wechsel und Zinsen, werden eingehend charakterisiert. Der zweite Teil behandelt die Banken und die vielerlei Arten von Bankgeschäften, wie: Depositen, Kassen, Kassenkonten, Diskont, Lombard, und Effektengeschäft. Im Mittelpunkt des dritten Teiles steht die Börse, und zwar sowohl die Effektenbörse in ihrer großen Vielgestaltigkeit, wie die Warenbörsen. Die verschiedenen Arten der Börsengeschäfte (Kassa- und Termingeschäfte) werden eingehend erklärt. Ein Literaturverzeichnis vervollständigt das Werk. Das Bank- und Börsenwesen wird für die Erkenntnis des Betriebes der kapitalistischen Ordnung von immer größerer Bedeutung. Wer sich über diesen wichtigen Zweig der kapitalistischen Ökonomie informieren will, dem kann das vorliegende Werk zur Lektüre angelegentlich empfohlen werden. Wenn man dasselbe gelesen hat, dann kann man mit viel größerem Nutzen an die Lektüre von Hofferding's „Finanzkapital“ treten, wo all die Verwickeltheit der Geschichte des Finanzkapitals auf Grund der marxistischen Ökonomie erklärt wird. G. St.

### Kunst und Wissen.

**Wiederaufnahme von „Salome“ in den Spielplan.** Heute Donnerstag wird Richard Strauß' „Salome“ unter Jemiljoffs Leitung wiederum im Spielplan erscheinen.

**Neueinstudierung „Mignon“.** Freitag gelangt Ambrosio Thomas' Oper „Mignon“ in völlig neuer Einstudierung unter der musikalischen Leitung Erich Zietels zur Aufführung.

### Aus der Partei.

#### Zum Parteitag.

Die Einberufer des Parteitages teilen mit: Laut Paragraph 29 des Organisationsstatutes sind selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag gestellt worden sind, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen des Antragstellers beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstand zur Berichterstattung für den nächsten Parteitag zuzuwenden.

#### In einer Stunde Die Volksbuchhandlung

**Das Weltall, Philosophie, Weltgeschichte, Kunstgeschichte, Weltliteratur, Deutsche Literatur, Physik, Chemie**

**Ernst Sattler, Katisbad**

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**

Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

**Buchhandlung Freiheit**  
Leipzig, Schönewald, Theresienstraße Nr. 18.

#### Alle Bücher

liest rasch und billig die

**Buchhandlung Freiheit**  
Leipzig-Schönewald, Theresienstraße Nr. 18.

Reiches Lager in preiswert. Geschenkbücher. Vertiefungsenden mir auf Wunsch kostenlos.

Wir erlauben die Anmeldung der Delegierten an das Parteisekretariat in Prag II, Naustova nám. 32/II, vorzunehmen.

Gastkarten werden vom Parteisekretariat in Prag nur über Antrag einer Bezirksorganisation ausgestellt.

Wegen Beschaffung von Wohnungen für die Delegierten und Gäste sind Zuschriften an Josef Pelina in Ausfl. a. G., Dresdnerstraße Nr. 23, zu richten.

### Aus Seligers Leben und Wirken.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat den Beschluß gefaßt, eine Biographie anzukündigen, die von dem mit dieser Arbeit beauftragten Genossen Dr. Emil Strauß die Beschaffung aller notwendigen Materialien zu erledigen, ersuchen wir alle Genossen und Genossinnen, Organisationen und Vereine Briefe, Zeitschriften und sonstige Quellenmaterial, das zur Darstellung des Lebens und Wirkens Seligers erforderlich ist, ungesäumt an das Parteisekretariat, Prag II, Naustova nám. Nr. 32, zu senden.

Sobald die Rückstellung solcher Originaldokumente gewünscht wird, erfolgt sie selbstverständlich zuverlässig. Jenes Material, das nicht zurückgefordert wird, soll dem Parteiarbeits einverleibt werden.

Ältere Parteigenossen, die aus den Anfängen der öffentlichen Tätigkeit Seligers wertvolle persönliche Erinnerungen haben, werden gebeten, sie an dieselbe Adresse schriftlich zu übermitteln.

Wir hoffen, daß alle Vertrauensmänner, Genossen und Genossinnen durch ihre Mitarbeit zum Gelingen dieses für unsere Parteigeschichte so außerordentlich bedeutenden Werkes beitragen werden.

Mit herzlichem Parteigruß für den Parteivorstand:

**Karl Cermak,** Sekretär. **Dr. Ludwig Czech,** Vorsitzender.

**Bezirkskonferenzen.** Wardsdorf: Sonntag, den 4. November. Näheres wird noch bekanntgegeben werden. — Olmütz: Sonntag, den 4. November um 9 Uhr vormittags im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Berichte, Organisatorischer Aufbau, Bildungsfrage, Neuwahlen der Bezirksleitung und der Delegierten für den Parteitag und Eventuelles. — Görlitz: Sonntag, den 21. Oktober 1923 um halb 10 Uhr vormittags im Vereinszimmer des Hotel „Weißes Roß“ in Görlitz. Tagesordnung: Berichte, Die wirtschaftliche Situation und der Ausbau der Organisation, Beratung und Beschlußfassung über zu leistende Bildungsarbeit in den kommenden Wintermonaten, Unser Parteitag, Neuwahlen und Eventuelles.

### Bereinsnachrichten.



**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag II, Sonntag den 21. Oktober: 1. Salob Konopitz bei Beneškan. Zusammenkunft 7.30, Abfahrt 7.45 Wilfonsbahnhof. Führer: Strnad. — Falls weniger als 10 Teilnehmer, entfällt diese Tour und wird dann mit dem zweiten Ausflug mitgegangen. — 2. Reine-Saloun-Saloun, Zusammenkunft 8.15, Abfahrt 8.30 Wilfonsbahnhof. Führer: Dr. Klein.**

**Bereinsabend: Samstag, den 20. Oktober Kaffee „Riza“, 8 Uhr. Vortrag des Gen. Schönfelder: „Die Eishöhlen im Tennegebirge.“ (Mit eigenen Aufnahmen.) — Die Photo-sektion tritt am gleichen Abend um halb 7 Uhr zusammen. Apparate und Lichtbilder mitbringen.**

**Bereinsreise 1924: Kärnten, Norditalien Tirol, unternimmt die Reisesektion unserer Ortsgr. Reichenberg und Kaffee. Ausflüge erteilt Jakob Sumner, Kaffee, Humboldtstraße 30. Adressierte beizuliegen.**

Berater: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Solta.

**Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,** Tischlergasse 6, 1002

empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckschriften, wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbstmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

### Inserieren bringt Erfolg!

Hoherwertiges **Wasser + Kivi** = ausgezeichnete Rindsuppe